

57. Sitzung (Sondersitzung)

Potsdam, Montag, 13. Dezember 2021

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen der Präsidentin.....	2	Ministerpräsident Dr. Woidke	2
1. Feststellung der konkreten Gefahr der epidemischen Ausbreitung der Coronavirus-Krankheit 2019 (COVID-19) im Land Brandenburg und Feststellung der Anwendbarkeit des § 28a Absatz 1 bis 6 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) für das Land Brandenburg nach § 28a Absatz 8 Satz 1 IfSG.....	2	Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz Nonnemacher	4
Beratungsgegenstand der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Frau Abg. Bessin (AfD)	5
in Verbindung damit:		Herr Abg. Keller (SPD).....	8
Feststellung der Anwendbarkeit des § 28a Absatz 1 bis 6 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) für das Land Brandenburg nach § 28a Absatz 8 Satz 1 IfSG		Herr Abg. Kubitzki (AfD) - Kurzintervention	10
Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Herr Abg. Keller (SPD).....	10
Drucksache 7/4634		Herr Abg. Walter (DIE LINKE)	10
Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE		Frau Abg. Bessin (AfD) - Kurzintervention.....	13
Drucksache 7/4705		Herr Abg. Walter (DIE LINKE)	13
Entschließungsantrag der AfD-Fraktion		Herr Abg. Dr. Redmann (CDU).....	14
Drucksache 7/4708		Herr Abg. Vida (BVB/FW).....	16
		Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE)	18
		Anlagen	
		Gefasster Beschluss.....	20
		Anwesenheitsliste.....	21
		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind von der Rednerin oder vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	
		Aufgrund der wegen der Coronakrise veränderten Bedingungen im Plenarsaal wurden Beifallsbekundungen und Zurufe nur bedingt aufgenommen.	

Beginn der Sitzung: 10.01 Uhr**Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:**

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur nun schon 57. Sitzung des Landtages Brandenburg. Ich begrüße die Damen und Herren Abgeordneten, die Vertreter der Landesregierung und der Landtagsverwaltung sowie die Zuschauerinnen und Zuschauer online am Bildschirm.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, am Anfang der Sitzung informiere ich Sie über ein trauriges Ereignis: Der erste Präsident des Landtages Brandenburg, Dr. Herbert Knoblich, ist verstorben.

Doktor Knoblich wurde 1990 zum Präsidenten dieses Hauses gewählt und führte den Landtag als Präsident bis in das Jahr 2004. Mit Herbert Knoblich verlieren wir einen Parlamentarier der ersten Stunde, der maßgeblich den Aufbau der parlamentarischen Strukturen in unserem Land bestimmt und durch sein Handeln und sein Engagement dazu beigetragen hat, dass Brandenburg heute einen festen und anerkannten Platz in der Gemeinschaft der deutschen Bundesländer hat. Für diese außerordentliche Leistung danken wir ihm.

Wir sind in Gedanken und in tiefer Trauer bei seiner Familie und seinen Freunden, und ich bitte Sie herzlich, sich von den Plätzen zu erheben, um Dr. Herbert Knoblich in einer Minute des Schweigens zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, die heutige Sondersitzung des Landtages Brandenburg findet gemäß Artikel 64 Abs. 1 der Landesverfassung und § 17 Abs. 2 GOLT statt, und zwar auf Verlangen von 19 Mitgliedern der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beratungsgegenstand „Feststellung der konkreten Gefahr der epidemischen Ausbreitung der Coronavirus-Krankheit 2019 (COVID-19) im Land Brandenburg und Feststellung der Anwendbarkeit des § 28a Absatz 1 bis 6 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) für das Land Brandenburg nach § 28a Absatz 8 Satz 1 IfSG“.

Gibt es Ihrerseits Bemerkungen zum Entwurf der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Entwurf der Tagesordnung abstimmen. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiere ich Sie darüber, dass der Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik in seiner Sitzung am 9. Dezember 2021 Frau Abgeordnete Bettina Fortunato zu seiner Vorsitzenden und der Unterausschuss des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Thema „Finanzangelegenheiten der FBB GmbH“ in seiner Sitzung am 9. Dezember 2021 Herrn Abgeordneten Sebastian Walter zu seinem stellvertretenden Vorsitzenden gewählt hat. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Für die heutige Sitzung wurde die Abwesenheit der Damen und Herren Abgeordneten Dr. Berndt, Damus, Fortunato, Freiherr von Lützow, Hanko, Hohloch, Hünich, Lux, Nicklisch, Pohle, Rüter, Schieske und Senffleben angezeigt.

Ich rufe den einzigen heutigen Tagesordnungspunkt - Tagesordnungspunkt 1 - auf.

TOP 1: Feststellung der konkreten Gefahr der epidemischen Ausbreitung der Coronavirus-Krankheit 2019 (COVID-19) im Land Brandenburg und Feststellung der Anwendbarkeit des § 28a Absatz 1 bis 6 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) für das Land Brandenburg nach § 28a Absatz 8 Satz 1 IfSG

Beratungsgegenstand
der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

in Verbindung damit:

Feststellung der Anwendbarkeit des § 28a Absatz 1 bis 6 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) für das Land Brandenburg nach § 28a Absatz 8 Satz 1 IfSG

Antrag
der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 7/4634](#)

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 7/4705](#)

Entschließungsantrag
der AfD-Fraktion

[Drucksache 7/4708](#)

Meine Damen und Herren, die Debatte wird mit dem Redebeitrag der Landesregierung eröffnet, und ich bitte Herrn Ministerpräsidenten Dr. Woidke, zu uns zu sprechen.

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich in diesen schwierigen, dunklen und grauen Zeiten mit einer guten Nachricht beginnen: Wir haben zuletzt mehr als 160 000 Impfungen pro Woche geschafft. Ich möchte mich ganz herzlich bei allen bedanken, die dazu beigetragen haben: Das sind Ursula Nonnemacher und ihr Team; das sind vor allem aber auch die Verantwortlichen auf Ebene der Städte und Kreise, die zusätzliche Impfangebote für die Menschen geschaffen haben, und das sind natürlich die Hausärzte, die wesentlich dazu beigetragen haben.

Ganz entscheidend sind aber nicht nur die Impfangebote; es ist die Impfnachfrage, die entscheidend ist. Dass sie in den letzten Wochen und Monaten deutlich gestiegen ist, ist ein gutes Signal für die Bekämpfung der Pandemie insgesamt.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Infektionszahlen sind leider immer noch viel zu hoch. Unser Gesundheitssystem in Brandenburg arbeitet am Limit und teilweise über dieses Limit hinaus. Die Menschen, die in Krankenhäusern, Arztpraxen und Gesundheitsämtern ihre Arbeit verantwortungsvoll und zuverlässig für uns alle verrichten, sind längst an ihren Belastungsgrenzen angelangt. Ich möchte mich hier bei allen bedanken, die unter solch schwierigen Bedingungen am Rande ihrer körperlichen, teilweise auch am Rande ihrer seelischen Leistungsfähigkeit zuverlässig ihren Dienst für die Menschen in unserem Land tun, ganz, ganz herzlich bedanken!

Sie alle wissen, dass der Kampf, der da beispielsweise auf den Intensivstationen in unserem Land geführt wird, häufig auch ein Kampf ist, den wir leider nicht gewinnen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass tagtäglich mehr als 500 Menschen in Deutschland an oder mit dem Coronavirus versterben. Das darf nicht normal sein! Wir müssen weiter alles dafür tun, dass diesen Menschen geholfen werden kann. Wir müssen vor allem aber auch alles dafür tun, dass möglichst wenig Menschen schwer erkranken.

Ich möchte mich hier bei den Menschen im Land bedanken. Ich möchte mich aber auch bei den anderen Bundesländern bedanken, die uns geholfen haben. Patientinnen und Patienten mussten verlegt werden, beispielsweise aus Cottbus nach Nordrhein-Westfalen. Hier mein Dank für diese Solidarität, die wir deutschlandweit in dieser schwierigen Situation, in der wir uns in Brandenburg - speziell im Süden unseres Landes - befinden, erfahren! Wir wissen das sehr zu schätzen. Aber auch das darf natürlich nicht Normalität werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Entwicklung, die wir derzeit in den Krankenhäusern und im Land insgesamt erleben, besorgt mich zutiefst. Es ist aber nicht nur die Sorge; es ist auch die Frage: Was können wir noch tun, damit wir diese Belastung nicht weiter ausufern lassen, damit es eben nicht normal ist, dass in Krankenhäusern wie in Cottbus jeden Tag eine zweistellige Zahl an mit dem Coronavirus infizierten Menschen mit schweren Infektionsverläufen aufgenommen werden muss? Anders herum gesagt: Wir müssen gemeinsam alles, was in unserer Macht steht, tun, um die Belastung unseres Gesundheitssystems zu senken, und wir müssen alles dafür tun, Menschenleben zu retten; denn beides hängt direkt miteinander zusammen.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Nein. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb müssen wir weitere Eindämmungsmaßnahmen treffen. Es ist gut, dass wir im Land Brandenburg frühzeitig reagiert haben. Ich bin auch dem Kabinett sehr dankbar, dass wir die entsprechenden Entscheidungen früher als andere Bundesländer treffen konnten. Aber wir mussten sie auch früher treffen, weil unsere Belastung deutlich höher war als die in anderen Bundesländern.

Wir werden aber in dieser Woche noch einmal deutlich nachsteuern müssen: Wir werden die Ausgangsbeschränkungen weiter verlängern müssen - Ausgangsbeschränkungen für Ungeimpfte in den Landkreisen mit besonders hohen Inzidenzen.

Wir werden Großveranstaltungen mit mehr als 1 000 Menschen - Besucherinnen und Besuchern - verbieten.

Wir wollen konsequente Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte umsetzen, so, wie es auf der letzten Ministerpräsidentenkonferenz vereinbart wurde.

Und wir werden landesweit Klubs, Diskotheken und Festivals wegen der hier besonders hohen Infektionsgefahr schließen müssen.

Es fällt niemandem von uns leicht, so massiv in das Leben vieler Menschen einzugreifen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es bleibt dabei: Es sind notwendige Schritte - notwendige Schritte auch und vor allem deshalb, weil die Impfquote bei uns im Land trotz aller Fortschritte der letzten Wochen immer noch deutlich zu niedrig ist und wir auch deshalb in Brandenburg täglich Menschen sterben sehen - Menschen sterben sehen, die, wenn sie diese Coronainfektion nicht bekommen hätten, länger unter uns hätten sein können. Deshalb wird das Kabinett in dieser Woche die aktualisierte Verordnung beschließen; sie soll am 15. Dezember in Kraft treten.

Grundlage für diese Verordnung und Grundlage für die schärferen Maßnahmen ist die Feststellung einer konkreten Gefahr der epidemischen Ausbreitung von Covid-19 im Land Brandenburg. Diese Feststellung muss von Ihnen hier in diesem Hohen Haus erfolgen. Ich bin den Koalitionsfraktionen und der Landtagspräsidentin sehr dankbar, dass sie dazu einen Vorschlag vorgelegt haben, und ich darf an dieser Stelle schon um Ihre Zustimmung bitten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir orientieren uns in unseren Beschlüssen am Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz von Anfang Dezember. Wir orientieren uns aber auch an dem, was mit dem geänderten Bundesinfektionsschutzgesetz am vergangenen Freitag im Deutschen Bundestag beschlossen worden ist.

Wir haben viele Maßnahmen bereits umgesetzt, beispielsweise die flächendeckende Umsetzung der 2G-Regeln oder auch die Maskenpflicht in der Schule. Aber es ist eben auch hier noch nicht genug - noch nicht genug, um dahin zu kommen, dass wir endlich sinkende Inzidenzzahlen im Lande haben. Denn alles, was wir jetzt konstatieren können, ist - bei allen arithmetischen Unsicherheiten, bei den statistischen Unsicherheiten, die damit verbunden sind - eine Seitwärtsbewegung; mehr haben wir leider noch nicht erreicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war der französische Schriftsteller Molière, der einmal gesagt hat:

„Wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“

In diesem Sinne zieht die Landesregierung auch weitere Maßnahmen in Betracht, um der Pandemie Herr zu werden. Und wir stehen ja in diesem Kampf Gott sei Dank nicht allein. Ich habe vorhin die Solidarität der Bundesländer untereinander erwähnt, ich habe die enge Zusammenarbeit bei uns im Land erwähnt, zwischen Krankenhäusern, aber auch zwischen Gesundheitsämtern. Aber beispielsweise auch die Bundeswehr hilft uns in den Gesundheitsämtern, beispielsweise bei der Kontaktnachverfolgung. Und sogenannte Containment Scouts des Robert Koch-

Instituts - das sind unter anderem Medizinstudentinnen und Medizinstudenten - helfen uns, die Kontaktnachverfolgung auf möglichst hohem Niveau, auch bei hoher Arbeitsbelastung in den Gesundheitsämtern, weiter zu ermöglichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, es ist notwendig, auch noch mal zu einigen anderen Dingen im Land, die sich in den letzten Tagen und Wochen ereignet haben, etwas zu sagen.

Es ist legitim, Kritik an staatlichen Maßnahmen zu äußern. Es ist legitim, Kritik an Personen und ihren Handlungen oder ihren Einstellungen zu äußern. Es wird aber eine Grenze überschritten, wenn Menschen, weil sie anderer Meinung sind, weil sie sich beispielsweise für die Impfkampagne engagieren, weil sie versuchen, anderen Menschen zu helfen, oder weil sie Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, Stadtverordnete, Kreistagsabgeordnete oder Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Oberbürgermeister, Landrätinnen oder Landräte oder Politiker auf der Landesebene sind, persönlich bedroht werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das darf nicht die Regel werden. Hier geht es nicht um Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und die Kritik daran, hier geht es um die Grundlagen unseres demokratischen Gemeinwesens.

Deshalb geht es auch hier um uns alle und deshalb werden wir solche Umtriebe nicht dulden. Denn dahinter stehen eben nicht besorgte Menschen, die Angst um ihre Existenz haben, oder besorgte Bürger, die Angst haben, dass die Pandemie ihren Kindern schaden könnte, dahinter stehen die altbekannten Feinde der Demokratie - in Cottbus am Wochenende sehr gut zu besichtigen.

Jeder kann Kritik an Verantwortlichen äußern. Aber jeder ist auch dafür verantwortlich, wem er auf einer Demo hinterherrennt. Deswegen bitte ich alle Menschen, die vielleicht zu Recht Kritik äußern, die vielleicht zu Recht Sorgen um ihre Zukunft und die Zukunft ihrer Kinder haben, sich genau zu überlegen, mit wem und wofür sie sich dort auf die Straßen stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bewältigung der Notlage, in der wir uns heute befinden, wird nur gemeinsam gelingen. Brandenburg ist ein Land, das grundsätzlich für Solidarität und Zusammenhalt steht. Deshalb möchte ich auch an dieser Stelle noch einmal alle Menschen, die noch nicht geimpft sind, bitten, ihre Haltung zu überdenken und uns mit diesem kleinen persönlichen Schritt gemeinsam einen großen Schritt in der Bekämpfung der Pandemie voranzubringen. In diesem Sinne: Herzlichen Dank, alles Gute!

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank. - Das Wort geht jetzt an Frau Ministerin Nonnemacher. Bitte schön.

Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz Nonnemacher:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Sieben-Tage-Neuerkrankungsinzidenz ist bei uns in Brandenburg heute wieder auf 658 pro 100 000 angestiegen. Im Bund liegt sie - leicht rückläufig - bei 389. Dabei müssen wir berücksichtigen, dass in unseren Hochinzidenzlandkreisen die Gesundheitsämter mit der Meldung der zahlreichen Fälle überhaupt nicht mehr hinterherkommen. Wir haben es höchstwahrscheinlich noch mit einer deutlichen

Untererfassung zu tun. Das zeigt, die Situation ist weiterhin sehr, sehr angespannt. Ich finde es auch höchst besorgniserregend, dass der R-Wert heute wieder über 1 liegt, der in den letzten Tagen doch um die 0,85 gelegen hat. Auch das ist eine ungünstige Entwicklung.

Noch besorgniserregender sind die Zahlen, die den Druck auf unser Gesundheitssystem ausdrücken. Die Sieben-Tage-Hospitalisierungsinzidenz liegt heute bei 5,81, die letzten Tage lag sie ständig deutlich über dem Wert von 6 im roten Bereich, und bei der Auslastung der betreibbaren Intensivbetten sind wir heute bei 27,2 % im Landesdurchschnitt. Im Versorgungsgebiet Lausitz/Spreewald liegt dieser Wert bei weit über 30 %.

Heute sind 824 Covid-Patienten zur Behandlung in unseren Krankenhäusern, 200 davon auf den Intensivstationen.

Schon in den letzten zehn Tagen musste auch Brandenburg über das Kleeblattsystem Verlegungen nach Berlin und zuletzt Nordrhein-Westfalen vornehmen. Weil immer mehr Krankenhäuser an ihre Belastungsgrenzen stoßen, wurde die Regelung zu den Freihaltekapazitäten Anfang letzter Woche von meinem Haus verändert, und zwar wurde die Zahl für Normalstationen auf 20 % und auf Intensivstationen auf 30 % verdoppelt. Dies wird dadurch erkauft, dass verschiebbare, nicht lebensnotwendige Eingriffe und Operationen verschoben werden. Das geht zulasten von Patienten mit anderen Diagnosen. Von einer normalen Funktion des Gesundheitswesens kann bereits aktuell nicht mehr gesprochen werden.

Bei uns gehen jetzt schon Unterstützungsanträge von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ein, deren personelle Kapazitäten erschöpft sind und die nach der Bundeswehr rufen. Im Rettungsdienst ist aufgrund der umfangreichen Verlegungstätigkeit eine Situation eingetreten, die die Erklärung des Massenansturms von Erkrankten rechtfertigt. Damit stehen den Regionalleitstellen mehr Möglichkeiten bei der Steuerung von Patientinnen und Patienten in geeignete Zielkliniken zur Verfügung.

Wegen der vierzehntägigen Verzögerung, mit der die jetzt Infizierten in unseren Krankenhäusern und Intensivstationen ankommen, ist bei jetzt schon extrem angespannter Lage gegen Weihnachten - regional, gegebenenfalls landesweit - mit einer Überschreitung der Behandlungskapazitäten zu rechnen.

Ich möchte noch einmal betonen: Es fehlt uns nicht an Betten oder Beatmungsgeräten, sondern an Fachkräften, die überhaupt noch eingesetzt werden können. Sie sind erschöpft, haben den Beruf verlassen oder sind selbst erkrankt und in Quarantäne. Wir werden sehen: Auch diese Fachkräfte, die teilweise seit Frühjahr letzten Jahres besonders beansprucht werden, werden um Weihnachten und Neujahr, wenn uns das Maximum an Belastung droht, mal einen freien Tag einfordern, weil sie sonst nicht mehr können.

Am 24.11., meine Damen und Herren, wurde die neue Variante B.1.1.529, auch Omikron genannt, im südlichen Afrika identifiziert und bereits zwei Tage später von der WHO und dem European Centre for Disease Prevention and Control als besorgniserregende Variante eingestuft. Dies geschieht, wenn eine erhöhte Übertragbarkeit, ein schwererer Krankheitsverlauf oder eine immun-evasive Wirkung, also eine Immunausweichbewegung, vorliegt.

Die Datenlage ist noch nicht abschließend; das muss ich immer betonen. Es gehen täglich neue Ergebnisse aus epidemiologi-

schen und immunologischen Untersuchungen ein. Aber alle Daten weisen auf eine unglaubliche Verdopplungszeit von drei bis vier Tagen hin. Daten aus dem Vereinigten Königreich und Dänemark legen nahe, dass die Variante bereits in wenigen Wochen in Europa dominant sein könnte. London meldete am Wochenende, dass 30 % der dort ermittelten positiven PCRs auf Omikron zurückgehen. Dänemark erwartet die Dominanz der Variante ab Mitte dieses Monats. Nebenbei gesagt: Wir haben heute den 13. Dezember.

Die Untersuchungen weisen darauf hin, dass schon vor der Erstidentifizierung in Südafrika diese Variante in Europa nachweisbar war. Die ersten vorliegenden Daten zum Immunescape gehen von einer herabgesetzten Wirksamkeit der Immunantwort bei Immunisierten aus. Aber auch hier deutet alles darauf hin, dass Geimpfte zumindest vor schweren Verläufen besser geschützt werden und dass Boostern die Immunantwort entscheidend verbessert. Es zeichnet sich aber auch ab, dass die Entwicklung eines angepassten Impfstoffs nötig sein wird. Daran wird bereits intensiv gearbeitet. Auch hier beweist die messenger-RNA-Technologie ihre Überlegenheit, weil die Impfstoffentwicklung schneller geht als bei Vektorimpfstoffen oder Proteinimpfstoffen.

Die Vorlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgt in atemberaubendem Tempo, ist bei der unglaublichen Ausbreitungsgeschwindigkeit von Omikron aber auch dringend erforderlich. Morgen wird der Expertenrat, der von Bundeskanzler Scholz eingesetzt worden ist, weitere Modellierungen und Empfehlungen vorlegen. Morgen Nachmittag werden die Gesundheitsministerinnen und -minister in der GMK diese Einschätzungen sicher beraten.

Ohne diesen Empfehlungen vorgreifen zu wollen: Die Lage ist extrem ernst. Eindämmen und boostern, boostern, boostern bleibt das Gebot der Stunde. Deshalb bin ich sehr froh, dass wir diese Woche das Ziel von 160 000 Impfungen erneut locker erreicht haben. 137 000 von diesen Impfungen wurden von niedergelassenen Ärzten durchgeführt, 85 % waren Auffrischungsimpfungen. Aber auch die kommunalen Angebote nehmen stark zu; da ist ein erfreulicher Aufwuchs zu verzeichnen.

Meine Damen und Herren, das Impfen und das Eindämmen werden uns auch im Jahr 2022 noch beschäftigen. Dass eine bedrohliche epidemische Lage gerade im Hochinzidenz-Land Brandenburg vorliegt, ist evident. Deshalb ist es zu begrüßen, dass diese Lage nun vom Landtag erklärt werden wird, damit wir alle gesetzlichen Möglichkeiten der Eindämmung zur Anwendung bringen können. - Ich danke Ihnen.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank. - Das Wort erhält die Abgeordnete Bessin für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

Frau Abg. Bessin (AfD): *

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Zuschauer! Der Titel der heutigen Sondersitzung beginnt wie folgt: „Feststellung der konkreten Gefahr der epidemischen Ausbreitung der Coronavirus-Krankheit 2019“ - und das am Jahresende 2021. Allein das zeigt uns doch bereits, dass sowohl die Bundes- als auch die Landespolitik zu Corona maßgeblich gescheitert ist. Und bevor ich auf die Diffamierungen des Ministerpräsidenten eingehe, sollten wir uns vielleicht erst einmal die Fakten anschauen:

Im Lagebild vom 09.12., also von Donnerstag letzter Woche, wurde angegeben, dass wir in Brandenburg etwa 49 200 Infizierte hätten. Wenn wir dann im Gesundheitsausschuss die Gesundheitsministerin fragen, wie viele der Infizierten überhaupt tatsächlich krank sind, gibt man uns keine Antwort - weil die Gesundheitsministerin einfach keine Antwort hat. Auch niemand anders aus dieser Landesregierung hat eine Antwort auf diese Frage.

Ebenfalls im Lagebild vom 09.12. wird aufgeführt, dass es 741 betreibbare Intensivbetten gibt, die zu diesem Zeitpunkt wie folgt verteilt waren: 448 Nicht-Covid-Patienten auf Intensivstationen, 148 Covid-Patienten auf der Intensivstation, die beatmet werden, 42 nicht beatmete Covid-Patienten auf der Intensivstation; 103 Betten waren noch frei. 291 wären die Notfallreserve, wie wir gerade schon gehört haben, wenn es das entsprechende Personal gäbe. Aber das benötigte Personal gibt es nicht.

Wenn wir dann im Gesundheitsausschuss fragen, wie viele von diesen Coronapatienten geimpft, wie viele teilweise und wie viele gar nicht geimpft sind, bekommen wir ebenfalls keine Antwort, denn weder die Gesundheitsministerin noch die Regierung Brandenburgs kennt eine Antwort auf diese Frage.

Und würden wir nach einer wirklichen Immunisierungsrate der Bevölkerung fragen, bekämen wir auch keine Antwort, denn darüber hat die Landesregierung eben auch keine Kenntnisse.

Trotz all dieser Unkenntnis sollen die Coronamaßnahmen nun erneut und, wie wir gerade vom Ministerpräsidenten gehört haben, darauf folgend in dieser Woche noch einmal verschärft werden. Solange allerdings diese Landesregierung nicht in der Lage oder gewillt ist, solche grundlegenden Fragen zur Pandemie zu beantworten, bleibt jede Erklärung einer Notlage die reine Willkür.

Damit kommen wir von den Fakten zu den politischen Auswüchsen Ihrer Corona-Politik. Herr Woidke hat diverse Veranstaltungen angesprochen, sie in meinen Augen auch diffamiert, als er eine Veranstaltung herausgepickt hat: Mir wäre neu, dass Herr Woidke am Samstag in Cottbus dabei war - ich weiß nicht, ob jemand von denen, die dabei waren, ihn gesehen hat. Ich glaube, Herr Woidke kann sich gar kein Bild davon machen, wenn er nicht dabei war und die Teilnehmer somit gar nicht gesehen hat.

Aber wissen Sie, Herr Woidke, ich sage Ihnen einmal, wo ich die Radikalen auf der Straße sehe, wo ich die Demonstranten sehe, die gefährlich sind und die unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat gefährden: Das sind die Demonstranten der Antifa, das sind die Demonstranten des Schwarzen Blocks, das sind die Demonstranten beim G-20-Gipfel, die Steine auf unsere Polizisten und Ordnungshüter werfen und sie körperlich verletzen.

Aber wir wissen von dieser Regierung,

(Zuruf)

dass man auf diesem Auge gerne blind ist und schweigt.

In den letzten Wochen war ich auf vielen Versammlungen und Spaziergängen - sowohl auf Veranstaltungen unserer Alternative für Deutschland als auch bei vielen Spaziergängen, die unpolitisch waren und bei denen sich Menschen einfach an einem

Montag oder einem anderen Wochentag getroffen haben, um gemeinsam - wie es bereits angesprochen wurde - gegen die Politik zu demonstrieren, mit der sie nicht einverstanden sind. Man kommt dort mit vielen Menschen sehr gut ins Gespräch.

(Unruhe)

Insofern erzähle ich Ihnen gern einmal das eine oder andere, was ich in dem Zusammenhang erfahren habe.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Entschuldigung, Frau Abgeordnete, einen ganz kleinen Moment bitte!

Es ist eine derartige Unruhe entstanden, die ich so nicht dulden kann. Bitte keine Äußerungen in der Art!

Frau Abg. Bessin (AfD): *

Können Sie dann bitte die Uhr anhalten?

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Wir konzentrieren uns jetzt bitte wieder auf die Rede der Abgeordneten Bessin. - Bitte schön.

(Zurufe)

Frau Abg. Bessin (AfD): *

Ich habe einen älteren alleinstehenden Herrn kennengelernt, der ursprünglich Angst hatte, sich impfen zu lassen. Er hat sich dann impfen lassen, weil seine Familie ihm erklärt hat: Wenn du dich nicht impfen lässt, dann kommst du an Weihnachten nicht zu uns! - Er hat nach der ersten Impfung eine Hirnblutung erlitten und ist nun ängstlicher als zuvor.

(Zuruf von der Regierungsbank: Ist ja lustig!)

- Ich finde es sehr bemerkenswert, wenn ich von hier hinten höre, das sei aber lustig. Nein, das ist überhaupt gar nicht lustig!

Der Mann wird sich nicht noch einmal impfen lassen; denn er hat auf diesen Spaziergängen Menschen kennengelernt, die ihn nicht ausschließen, sondern ihn zu Weihnachten zu sich einladen, und zwar so, wie er ist, ohne dass er sich impfen lassen muss.

Des Weiteren habe ich einen Musiker auf einer Kundgebung kennengelernt, der aufgrund der Corona-Maßnahmen in den vergangenen zwei Jahren kaum Einnahmen hatte. Die Konsequenz aus den mangelnden Einnahmen war, dass er aus der Künstler-sozialkasse geflogen ist.

Zudem lernte ich eine Frau kennen, die sich vor knapp sechs Monaten hat impfen lassen - wie vielleicht der eine oder andere auch -, weil sie in den Urlaub fahren wollte. Die Frau ist mittlerweile herzkrank und in Dauerbehandlung.

Man trifft auf diesen Spaziergängen und Demonstrationen übrigens auch viele Allgemeinmediziner, Pflegekräfte und Krankenhausmitarbeiter. Man trifft dort sogar Chirurgen, mit denen man über ihre persönlichen Erfahrungen in den Krankenhäusern ins Gespräch kommt. Da fragt man sich manchmal, warum diese Sicht der Dinge nicht auch mal in den öffentlichen Medien dargestellt wird.

Auf diesen Demonstrationen findet man Ungeimpfte, Geimpfte und Genesene - allesamt, weil sie unzufrieden sind mit dieser Politik, weil sie unzufrieden sind mit einer Politik der Nötigung und - wie letzten Freitag beschlossen - einer Verpflichtung zur Impfung für bestimmte Berufsgruppen.

Auf der Straße entsteht eine neue Gemeinschaft, ein neues und soziales Miteinander: Menschen, die sich gegenseitig unterstützen statt auszuschließen, die weder diesen Druck und Zwang noch diese entmenslichte Corona-Politik gut finden.

Eine Spaltung unserer Gesellschaft haben vergangenen Freitag im Bundestag all diejenigen weiter befeuert, die für eine teilweise Impfpflicht gestimmt haben. Man ist nämlich nicht egoistisch oder unsolidarisch, wenn man sich nicht impfen lassen möchte.

(Zurufe: Doch, ist man!)

Man hat eben nicht die Pflicht, sich impfen zu lassen, solange wir noch in einem freiheitlichen Rechtsstaat leben.

(Zurufe)

Vielmehr muss das die freie Entscheidung jedes Einzelnen sein, und zwar ohne jegliche Impfnötigung, die viele Menschen schon seit Monaten nicht nur in Brandenburg, sondern auch in ganz Deutschland ertragen müssen. An dieser Freiheit der Entscheidung, ob man sich impfen lassen möchte oder nicht, sollte niemand rütteln.

Das Leben in einem einst freien Rechtsstaat entwickelt sich unter Ihrer Corona-Politik allerdings stückchenweise immer weiter in Richtung eines totalitären Regimes.

(Zurufe)

Freiheitsrechte und Rechtsstaatlichkeit werden von Ihrer Politik mit Füßen getreten.

Ja, wenn Sie geimpft sind, haben Sie wahrscheinlich Ihr altes Leben zurück und können das alles nicht verstehen. Aber es gibt einerseits Menschen, die das jetzt nicht wollen, und es gibt andererseits Menschen, die sich aufgrund ihrer gesundheitlichen Situation nicht impfen lassen können.

Wenn man in die Zukunft blickt, sind die Aussichten für einen freiheitlichen Rechtsstaat düster. Sie schüren nun mal ein Bild von diktatorischen Maßnahmen, wenn den Menschen ihre Freiheitsrechte so genommen werden.

(Zurufe)

Menschen sind mittlerweile in ihrer Angst gefangen, und zwar durch eine Politik und eine mediale Stimmungsmache, die in

ganz Deutschland herrscht. Zudem werden Menschen - das haben wir aus einem anderen Blickwinkel des Ministerpräsidenten gehört - diffamiert, weil sie dieser Politik widersprechen und mit ihr nicht einverstanden sind. Deswegen werden Menschen, die mit der Impfung nicht einverstanden sind, diffamiert. Das tun Sie hier im Hause auch regelmäßig und können sich insofern gern an die eigene Nase fassen. Die Gesellschaft wird gespalten, und Menschen werden aus unserer Gesellschaft ausgeschlossen.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frau Abg. Bessin (AfD): *

Nein.

Der Staat hat sich in seinen Corona-Irrweg verrannt, aus dem er sich selbst - wie wir es seit zwei Jahren erleben müssen - nicht befreien kann, und zwar, weil der eine an seinem Sessel und der andere an seinem Dienstfahrzeug klebt und man sich nicht eingestehen kann, dass man mit dieser Corona-Politik in einer Sackgasse gelandet ist und man das Volk zum Teil darunter leiden lässt. Die einen leiden unter Angst vor der erzeugten Corona-Hysterie, die anderen leiden unter Freiheitsentzug. Dabei spielt es keine Rolle mehr, ob man geimpft, genesen oder ungeimpft ist.

Mittlerweile wissen wir alle - darüber haben wir hier im Plenum schon so oft gesprochen -, dass diese sogenannte Corona-Schutzimpfung schließlich weder eine Infektion mit SARS-CoV-2 noch eine COVID-19-Erkrankung ausschließt.

Die angebotene Corona-Schutzimpfung erzeugt keine sogenannte sterile Immunität, sodass die immunisierte Person kein Träger und Ausscheider des Krankheitserregers wäre. Geimpfte Personen können sich also genauso mit SARS-CoV-19 infizieren, an COVID-19 erkranken und leider auch genauso daran versterben. Zudem können sie auch andere Menschen damit anstecken. Dieser Impfstoff wirkt eben nicht so, wie es anfangs versprochen und vielen Menschen erklärt wurde.

Eine Pandemie der Ungeimpften - die haben wir sicherlich nicht. Die Regierung - egal, ob auf Landes- oder Bundesebene - hat trotz jahrelanger Kenntnis lange vor Corona den Pflegenotstand und die besonders angespannte Situation in den Gesundheitsberufen nicht ausreichend zum Positiven verändert und sich nicht ausreichend dafür eingesetzt, dass die Bedingungen im Pflege-, Krankenhaus- und Gesundheitsbereich ausreichend verbessert wurden. Das, meine Damen und Herren, wird von Ihnen gern unter den Tisch fallen gelassen.

Viele Arbeitskräfte sind abgewandert, und viele Betten - über 4 000 in ganz Deutschland - mussten zwangsweise reduziert werden, aber in den vergangenen zwei Corona-Jahren hat sich nichts ausreichend verbessert. Sonst hätten wir diese angespannte Situation, von der sowohl der Ministerpräsident als auch die Gesundheitsministerin sprach, wohl nicht.

Ja, viele Mitarbeiter im Gesundheitsbereich arbeiten unerlässlich und sind am Limit. Dafür ist jeder einzelne Mensch in Brandenburg, in ganz Deutschland dankbar.

Aber daran, dass es so ist, dass dieser Pflegenotstand besteht und wir an diesem Limit in ganz Deutschland angekommen sind,

sind diejenigen schuld, die es in der Regierungsverantwortung verpennt haben, dafür zu sorgen, dass sich die Bedingungen sowohl auf Arbeitsebene als auch auf personeller Ebene endlich ändern. Schließlich sind die Diskussionen zum Pflegenotstand nicht neu, sondern bereits seit vielen Jahren - noch bevor es Corona überhaupt gab - hochaktuell.

Es ist also ein Versagen der Bundesregierung und aller Landesregierungen. Sie tragen an dieser Situation eine Mitschuld. Es wird endlich Zeit, dass das Gesundheitssystem nicht nur bezüglich der Ausstattung, sondern vor allem in personeller Hinsicht endlich dahin gehend gestärkt wird, dass auch Belastungsspitzen abgefangen werden können, ohne andere Bereiche zu beeinträchtigen.

Eine Verschärfung dieser Situation durch die Teilimpfpflicht, die vergangene Woche Freitag im Deutschen Bundestag beschlossen wurde, wird wahrscheinlich weitere schlimme Konsequenzen nach sich ziehen. Vor einigen Tagen konnte man bereits die Befürchtung von ver.di aus Nordrhein-Westfalen vernehmen, dass deshalb etwa 2 000 Mitarbeiter der Pflegeberufe allein in Nordrhein-Westfalen kündigen und somit einem völlig überlasteten System den Rücken kehren werden. Damit wird die aktuelle Situation noch weiter verschärft. Die Schuld daran tragen auch all diejenigen, die am Freitag der Teilimpfpflicht zugestimmt haben.

Meine Damen und Herren, wovor schützt diese Impfung noch so? Sie schützt vor allem vor Ihrer staatlichen Unterdrückung; denn mittlerweile müssen auch Geimpfte teilweise wieder Maske tragen. Somit wird der eine oder andere wieder durch Ihre neuerlichen Maßnahmen gegängelt. Zudem wird durch die weiteren Verschärfungen wieder versucht, Menschen gefügig zu machen: Die Geimpften sind politisch und medial die Guten und die Vorbilder, die Ungeimpften sind politisch und medial die Bösen und die Schlechten. Es ist dann bei all Ihrer Hetze nur noch eine Frage der Zeit, wann an einem Geschäft wie in Heringsdorf nicht nur steht: „Kauft nicht bei Ungeimpften“, sondern auch andere Konsequenzen für Ungeimpfte folgen.

Die herrschende Politik treibt einen schrecklichen Keil zwischen uns Menschen, wobei dann manch einer aus Angst das selbstständige Denken vergisst. Österreich ist zu einem europäischen Versuchslabor geworden, und genau das dürfen wir für Deutschland und für Brandenburg nicht zulassen.

Diese vierte Welle darf nicht zu einer Kündigungswelle der Pfleger und Mitarbeiter in den Gesundheitsberufen werden.

Zudem dürfen wir uns als Gesellschaft nicht von Ihrer Politik einschüchtern lassen. Wir lassen uns weder von Ihrer Politik vereinzeln noch sozial ausgrenzen. Wir werden uns hier im Parlament immer weiter für unsere Position einsetzen und draußen auf der Straße mit vielen anderen Menschen für Freiheit und Demokratie aufstehen. Den Menschen draußen auf der Straße ist es im Übrigen auch egal, ob man geimpft, genesen oder ungeimpft und gesund ist.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Frau Abgeordnete, Sie müssen jetzt bitte zum Schluss kommen.

Frau Abg. Bessin (AfD): *

Ich komme zum Schluss.

Denn eines sollte man nach den letzten zwei Jahren und bei dieser Diskussion nicht vergessen: Wir sind immer noch ein Volk, und diese Spaltpartei führt am Ende zu gar nichts. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Frau Abgeordnete Bessin, ich habe für den heutigen Tag und für die Plenarsitzungen, die in dieser Woche noch anstehen, verfügt, dass FFP2-Masken zu tragen sind. Wir haben Ihnen jetzt eine solche zur Verfügung gestellt, damit Sie die andere Maske nicht benutzen müssen. Ich möchte Sie dringend bitten, sich an diese Verfügung, die in Abstimmung mit dem gesamten Präsidium beschlossen wurde, zu halten.

Als Nächster spricht der Abgeordnete Keller für die SPD-Fraktion.

Herr Abg. Keller (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In den letzten Wochen haben wir schon mehrfach darüber diskutiert, und inzwischen habe ich begriffen, dass aus politischem Kalkül die Gefährlichkeit von Covid-19 durch die AfD-Fraktion geleugnet wird. Ich habe auch verstanden, dass die Impfung bzw. die Wirksamkeit der Impfung geleugnet wird. Einige von Ihnen haben sogar behauptet, dass sie krank mache.

Heute möchte ich dennoch nicht auf Ihre Begrifflichkeiten - beim letzten Mal wählten Sie den Begriff „Apartheid“; heute reden Sie von totalitärem Regime und im weitesten Sinne sogar von Diktatur - eingehen; denn das würde die Diskussion, glaube ich, verunsichern und nicht voranbringen. Eines möchte ich aber deutlich sagen: Dass Sie hier stehen und von diesem Redepult aus immer wieder versuchen, Dinge zu verbreiten, die Sie als vermeintliche Fakten verkaufen, die weder begründbar sind noch stimmen, finde ich unerträglich.

In der letzten Woche habe ich während der Bürgersprechstunde fast vier Stunden mit zahlreichen Personen telefoniert, die mich anrufen haben, weil sie verunsichert waren, ob sie sich nun impfen lassen sollen oder nicht. Ja, da gibt es Unterschiede, und es ist dann unsere Aufgabe, im Gespräch zu verdeutlichen, was eine Impfung bewirkt und wie sie helfen kann. Ihre Behauptung, die Impfung verhindere nicht, an Corona zu erkranken, hat auch nie jemand bestritten. Natürlich können beide Gruppen - sowohl Ungeimpfte als auch Geimpfte - gleichermaßen daran erkranken. Aber ich lasse hier nicht Ihre Behauptung stehen - dies widerspricht nämlich der Wahrheit -, dass es bei der Wirkung des Virus keinen Unterschied mache, ob man geimpft oder ungeimpft ist. Klar ist nämlich: Jemand, der sich impfen lässt, schützt seine Gesundheit und sorgt dafür, dass die Krankheit harmloser verläuft. Zudem schützt die Impfung vor Tod und schwerer Erkrankung. Das will ich an der Stelle nach dem, was Sie hier gesagt haben, noch einmal klarrücken.

Mich stören aber am meisten zwei andere Punkte. Punkt 1: Beim Applaus zu Ihrer Rede, Frau Bessin, habe ich genau darauf geachtet, wer in Ihrer Fraktion an welcher Stelle applaudiert hat und wer es unterlassen hat. Meines Erachtens ist es nämlich eine Form der Heuchelei, wenn in Ihrer Fraktion Abgeordnete sitzen, die sich einerseits für eine Impfung entschieden haben, andererseits aber Ihre Politik nach außen vertreten und behaupten, die Impfung mache krank und schade. Das ist Heuchelei.

Ich weiß, dass sich Herr Kubitzki und auch andere in Ihrer Fraktion impfen ließen. Insofern ertrage ich es nicht, dass Sie in diesen Reihen sitzen, sich daran erfreuen, dass die Redner aus Ihrer Fraktion die Impfung verteufeln, dass sie nicht wirke und im Zweifel sogar krank mache, und das noch mit Applaus versehen. Das glaubt Ihnen draußen niemand.

Nun will ich noch Punkt 2 verdeutlichen: Was ich ebenfalls nicht akzeptieren kann, ist, wenn Sie hier vorn stehen, falsche Fakten verbreiten und damit bei einigen, die das, was Sie hier sagen, nicht kritisch hinterfragen, eine große Verunsicherung auslösen.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Herr Abg. Keller (SPD):

Nein.

Sie tragen ein Stück weit Verantwortung für die Menschen, die Ihnen aufgrund Ihres Amtes, das Sie hier bekleiden, glauben, was Sie sagen, wenn Sie von irgendwelchen vermeintlichen Fakten sprechen, etwa dass die Impfung nicht wirke oder womöglich krank mache.

Frau Bessin, ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich weiß nicht, wie Sie das mit Ihrem Gewissen ausmachen können. Wie können Sie das mittragen? Sie tragen Mitverantwortung, wenn Menschen sich aufgrund Ihrer Aussage nicht impfen lassen oder aufgrund Ihrer Aussagen und Ihrer Position als AfD-Fraktion meinen, dass eine Impfung schade und Menschen, die anschließend erkranken, womöglich auch schwer erkranken, auf einer Intensivstation landen und eventuell versterben. Ich sage Ihnen: Ihre Fraktion trägt am Tod dieser Menschen eine Mitverantwortung. Das will ich hier deutlich sagen.

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Pandemie - das will ich hier auch deutlich sagen - wird enden. Wir werden zu einem Leben ohne Corona-Einschränkungen zurückkommen, und dieser Weg ist nicht mehr weit. Wie weit er noch ist und wie viele Opfer wir bis dahin noch beklagen müssen, hängt von uns allen ab. Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, lassen Sie uns gemeinsam Verantwortung tragen und diesen Weg schnell und entschlossen gehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Hoffnung auf ein Ende der Pandemie ist nicht irgendeine Durchhalteparole - das will ich auch noch einmal deutlich sagen. Erst letzten Mittwoch hat Prof. Drosten in den „Tagesthemen“ ausgeführt, dass ein Zustand, in dem Corona-Infektionen nur noch vereinzelt und begrenzt ausbrechen, in jedem Fall eintreten wird. In einigen Ländern wird dieser Zustand früher, in anderen Ländern später erreicht. Dies wird maßgeblich von der jeweiligen Immunisierung der Bevölkerung durch Impfung und, ja, auch durch überstandene Infektionen abhängen. Für uns ist aber klar, dass das Ende dieses Wegs nicht durch eine unkontrollierte Durchseuchung der Bevölkerung erreicht werden darf; denn das würde zu einem Zusammenbruch des Gesundheitssystems führen, und wir müssten jedes Stück des Weges mit vielen Toten teuer erkaufen. Das wäre absolut verantwortungslos.

Daher haben wir uns in Brandenburg und Deutschland entschieden, diese Immunisierungslücke mit Impfungen zu schließen. Das ist der Weg - das möchte ich hier deutlich sagen - der Verantwortung, der Weg der Mitmenschlichkeit und der Weg der Zuversicht. Ich danke allen, die sich in den letzten Wochen auf den Weg gemacht haben, diesen Weg der Impfung mitzutragen, und sage hier: Vielen Dank.

Sehr geehrte Damen und Herren, um gemeinsam die Pandemie zu überwinden, brauchen wir ein wirksames Zusammenspiel von Eindämmung und Impfung. Das sind die beiden Seiten derselben Medaille. Zunächst müssen wir das Infektionsgeschehen weiterhin eindämmen und wieder unter Kontrolle bringen.

Mit der Änderung des Infektionsschutzgesetzes und der Verordnung zur Änderung der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung am letzten Freitag haben die Bundesländer zusätzliche Befugnisse zur Pandemiebekämpfung erhalten. Um diese Kompetenzen in landesrechtlichen Verordnungen nutzen zu können, muss zuvor das Landesparlament beschließen. Wir müssen also heute die Frage beantworten, ob eine konkrete Gefahr der epidemischen Ausbreitung von Covid-19 vorliegt und deshalb die Maßnahmen nach § 28a Abs. 1 bis 6 des Infektionsschutzgesetzes für das Land Brandenburg anwendbar sind. Lassen Sie uns also deshalb auf die Lage schauen.

In den vergangenen Wochen hat sich die Verbreitung des Coronavirus in Deutschland, aber auch im Land Brandenburg deutlich beschleunigt. Der starke Anstieg der Infektionszahlen führte zu den höchsten Werten bei der Sieben-Tage-Inzidenz, die seit Pandemiebeginn gemessen wurden. Der Höchstwert war am 30. November 2021 mit 727,8 erreicht. Seither hat sich die Sieben-Tage-Inzidenz auf einem sehr hohen Niveau eingeebelt.

Der Stopp dieses sprunghaften Wachstums liegt sicherlich auch daran, dass wir im Gegensatz zu anderen Bundesländern am 23. November, also noch vor Auslaufen der pandemischen Lage nationaler Tragweite, sehr harte Kontaktbeschränkungen und auch die Durchsetzung von 2G-Regeln erlassen haben. Ja, das war und bleibt auch ein Lockdown für Ungeimpfte, und ich bin davon überzeugt, dass wir diese Maßnahmen fortsetzen müssen.

Aber auch diese richtigen Maßnahmen müssen nun mit unserem Beschluss verlängert werden. Denn trotz der etwas besseren Zahlen liegt Brandenburg nach wie vor deutlich über dem Bundesdurchschnitt und weist im Ländervergleich sogar die viert-höchste Sieben-Tage-Inzidenz auf. Wir haben vorhin schon gehört, dass mehr als jeder vierte Patient auf den Intensivstationen in Brandenburg an Corona erkrankt ist, und zwar in der Regel sogar schwer erkrankt.

Anhand der Erfahrungswerte können wir prognostizieren, dass die immer noch zu hohen Infektionszahlen in wenigen Wochen zu einer Überlastung des Gesundheitssystems hier in Brandenburg und folglich später auch in ganz Deutschland führen wird. In der Folge könnten dann notwendige intensivmedizinische Behandlungen aus personellen und Kapazitätsgründen im Land Brandenburg nicht mehr durchgeführt werden. Das heißt - um es einmal ohne jeden Weichzeichner zu sagen -, es würden in diesem Fall Menschen unnötig sterben. Das können, müssen und - das sage ich hier ganz deutlich - werden wir verhindern, meine Damen und Herren.

Deshalb rufe ich Sie auf: Stimmen Sie dem vorliegenden Antrag der Koalition zu und geben Sie uns die Möglichkeit, die notwendigen Maßnahmen - wie die 2G-Regel - fortzuführen. Geben Sie

damit auch der Landesregierung die Möglichkeit, wenn notwendig, schärfere Kontaktbeschränkungen und andere schärfere Maßnahmen in einer Eindämmungsverordnung zu regeln.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Eindämmung des Infektionsgeschehens ist zwar wichtig, aber wir dürfen auch die Folgen dieser Maßnahmen nicht aus dem Blick verlieren. Immer noch befinden sich Hunderttausende Menschen in Kurzarbeit. Deshalb war es richtig, dass der Bundestag diese Maßnahmen verlängert und rückwirkend auch eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 70 % ab dem vierten Bezugsmonat beschlossen hat. Aber auch viele Betriebe leider noch immer unter den Eindämmungsmaßnahmen. Mit der Überbrückungshilfe III Plus und der Neustarthilfe Plus wollen wir sie unterstützen und durch die Krise bringen.

Die sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen gehören untrennbar zu der Überwindung der Pandemie, denn wir erwarten von den Menschen Solidarität. Und ja, wir dürfen sie deshalb nicht im Regen stehen lassen. Solidarität ist an der Stelle nämlich keine Einbahnstraße.

Sehr geehrte Damen und Herren, das größte Problem der Eindämmungsmaßnahmen bleiben weiterhin die Folgen für die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen. Nach den umfangreichen Schulschließungen im letzten und vorletzten Schuljahr, deren Last die junge Generation und ihre Familien zu schultern hatten, müssen nun Erwachsene Verantwortung übernehmen und die verschärften Regeln im öffentlichen Leben - das sage ich hier in aller Deutlichkeit - konsequent einhalten. Deswegen halte ich den Beschluss der Kultusministerkonferenz unter Vorsitz unserer Bildungsministerin Britta Ernst für absolut richtig. Kitas, Schulen und Hochschulen müssen weiterhin offen bleiben. Ich sage auch noch einmal deutlich: Bildung hat für uns die absolut höchste Priorität.

Das zweite Mittel, um die Pandemie zu überwinden, ist und bleibt das Impfen. Seit dem Impfgipfel auf Einladung von Ministerpräsident Woidke am 19. November haben wir in Brandenburg deutliche Fortschritte erzielt. Die Zahl der Impfungen stieg von 70 000 über 119 000 auf nunmehr über 167 000 pro Woche. Unser Ziel, das wir uns gesetzt hatten, waren 160 000 Impfungen pro Woche. Wir sind also dran, und die Kampagne nimmt weiter Tempo auf. Für diese Kraftanstrengung danke ich allen Beteiligten.

Die Zahlen sind erfreulich, und mit jeder verabreichten Boosterimpfung schützen wir Menschen mit Vorerkrankungen vor einem schweren Verlauf - das will ich hier auch noch einmal deutlich sagen - und steigern insgesamt die Immunisierung der Bevölkerung. Ich freue mich aber besonders über jede neue Erst- und Zweitimpfung, also über jeden Menschen, der sich nun doch für eine Impfung entschieden hat, und zwar über jeden Zweifel hinweg, den wir durch Aufklärung, Fakten und Diskussionen ausräumen konnten.

Für mich ist die Impfung gelebte Solidarität. Ich möchte deshalb noch einmal allen Menschen, die immer noch unentschlossen sind, sagen: Nehmen Sie das Telefon in die Hand, lassen Sie sich bitte von Ihrem Arzt beraten, also von jemandem, der die Fakten kennt, oder rufen Sie auch gern Ihren Abgeordneten an und fragen nach. Nutzen Sie die Gelegenheit, gehen Sie zu einer Impfstelle und holen sich Ihre Erstimpfung ab. Dafür werbe ich an dieser Stelle noch einmal deutlich.

Der Weg aus der Pandemie ist schwierig und kostet Kraft. Insofern verstehe ich jeden, der sich kritisch damit auseinandersetzt. Berechtigte Kritik - das will ich deutlich sagen - endet aber an der

Stelle, an der Menschen mit Morddrohungen und Fackelaufzügen vor Privathäusern eingeschüchtert werden sollen. Wer so etwas tut, verlässt den Boden unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates. Wer diesen Weg beschreitet, muss wissen, dass wir so etwas in Brandenburg nicht akzeptieren, dass wir so etwas ahnden werden und dass der Rechtsstaat hier in Brandenburg wehrhaft ist. Ein derartiges Verhalten werden wir an der Stelle nicht akzeptieren.

Ich halte es deshalb für richtig, dass auf der letzten Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen wurde, die zunehmende Radikalisierung in der Querdenkerszene stärker zu beobachten. Ich halte es auch für richtig, dass die Kommunikationsdienste, die die Verbreitung von Verschwörungstheorien, Lügen, Hetze, Anfeindungen und Aufrufen zu Gewalt zulassen, stärker kontrolliert und in die Pflicht genommen werden sollen. Es darf hier keine rechtsfreien Räume geben, und es muss möglich sein, solcher Personen habhaft zu werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, wir Abgeordnete müssen heute deutlich Farbe bekennen. Stimmen wir für den Antrag, dann ermöglichen wir es der Regierung, die notwendigen Maßnahmen fortzusetzen. Zudem ermächtigen wir damit auch die Landesregierung, neue Maßnahmen zu ergreifen, um die Pandemie einzudämmen. Stimmen wir dagegen, dann riskieren wir, dass die Epidemie außer Kontrolle gerät. Hier sage ich Ihnen auch sehr deutlich: Schauen Sie heute genau darauf, wie die einzelnen Abgeordneten bzw. die Fraktionen hierzu abstimmen.

Am Ende möchte ich Sie alle aufrufen und darum bitten: Lassen Sie uns gemeinsam Verantwortung tragen, gemeinsam solidarisch sein und so gemeinsam die Pandemie überwinden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank. - Eine Kurzintervention wurde von Herrn Kubitzki von der AfD-Fraktion angemeldet. Bitte.

Herr Abg. Kubitzki (AfD):

Schönen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Keller, zunächst einmal kann ich verstehen, dass Sie aufgeregt sind und Ihnen einiges von dem, was hier gesagt wird, nicht gefällt. Mir gefällt auch einiges von dem, was in diesem Haus gesagt wird, nicht. Aber uns unterzuschreiben, wir seien für so viele Tote usw. verantwortlich, ist natürlich Quatsch.

Des Weiteren haben Sie angegeben, ich sei geimpft und klatsche trotzdem. Ich weiß nicht, woher Sie das haben. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Ich bin damit nicht hausieren gegangen, und es ist auch meine Privatsache, was mich mache. Mich hat lediglich ein Journalist gefragt, ob ich geimpft sei. Darauf habe ich ihm geantwortet: Ich frage Sie auch nicht, ob Sie Cialis oder Viagra nehmen. - Das ist also meine persönliche Sache. Ich sage es einfach so, wie es ist: Es ist meine Sache, was ich tue.

Zudem gibt es nicht nur in unserer Fraktion, sondern auch in anderen Fraktionen unterschiedliche Meinungen dazu. Manche sind in Bezug auf Corona vielleicht etwas schärfer, manche etwas weicher. Das ist auch alles schön und gut. Aber Sie brauchen uns nicht zu unterstellen, dass wir das leugnen. Sie wissen, wir haben selbst einige Corona-Fälle in der Fraktion. Da kann ich Corona wohl schlecht leugnen, auch wenn ich das Ganze viel-

leicht etwas anders sehe. So stehe ich den Maßnahmen, die Sie beschlossen haben, kritisch gegenüber und finde auch einiges etwas übertrieben.

Wenn ich ein Resümee von den Maßnahmen ziehe, kann ich Folgendes sagen: Als mein Vater vor einem Jahr verstarb, durften nur zehn Angehörige ersten Grades an der Beerdigung teilnehmen. Wir konnten auch in keine Gaststätte oder Kneipe, weil alle geschlossen waren. Mein Resümee nach dieser Zeit der Maßnahmen ist: Was haben wir jetzt? Jetzt werden wir wahrscheinlich wieder die gleichen Maßnahmen auferlegt bekommen. Wir haben also nichts erreicht und eigentlich nichts richtig gemacht. Insofern muss man doch auch mal sagen können, dass man mit den Maßnahmen nicht einverstanden ist und etwas anderes geregelt werden muss. Aber hier läuft eine Diskussion immer gleich ab: Wenn man nicht dafür ist, wird man gleich belächelt. - Von dieser Haltung müssen wir wegkommen. - Danke.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Keller, Sie möchten dazu Stellung beziehen. Bitte schön.

Herr Abg. Keller (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Kubitzki, ich will hier eines deutlich machen: Ihre Fraktion fällt ganz sicherlich nicht durch Differenzierung in der Debatte auf - ganz sicherlich nicht!

Ich will auch noch einmal verdeutlichen: Ja, es ist Heuchelei an der Stelle. Sie sehen, dass die Impfung hilft, widersprechen aber nicht der Fraktionsmeinung. Sie haben doch eben nicht hier gestanden und gesagt: „Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, lassen Sie sich impfen“, was ich aber von allen anderen Fraktionen höre. Das haben Sie nicht gesagt.

(Kubitzki [AfD]: Nein, ich bin auch kein Arzt!)

Sie und Ihre Fraktion verbreiten hier absichtlich falsche Fakten über das Thema Impfen, Sie verbreiten falsche Fakten über die Wirksamkeit der Impfung, und ja, ich empfinde das persönlich als große Heuchelei, wenn man sich selbst impfen lässt, sich aber hier hinstellt und dafür kämpft, dass sich andere Menschen nicht impfen lassen, die sich somit dann quasi einer erhöhten Gefahr aussetzen. Und ja, das ist dann auch meine Möglichkeit, das hier deutlich zu machen. Sie hätten auch die Möglichkeit gehabt, sich hier von Frau Duggen oder von der Rede einer Frau Bessin zu distanzieren; Sie haben diese Möglichkeit aber nicht genutzt.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Walter, Sie haben das Wort für die Fraktion DIE LINKE. Bitte.

Herr Abg. Walter (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Pandemiejahr zwei, Welle vier, wieder einmal Sondersitzung - das Ganze wirkt mittlerweile - ja, man muss es zugeben - seltsam einstudiert. Herr Woidke mahnt mit den immer gleichen Worten, Frau Nonnemacher mahnt mit den immer gleichen Worten, die AfD hetzt wie immer mit den immer gleichen Worten.

Welle eins, zwei, drei und nun Welle vier - die Reden sind austauschbar geworden. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger werden all das zur Kenntnis nehmen - nicht mehr und nicht weniger. Nach zwei Jahren Pandemie sind sie müde. Zu oft wurde geredet, und zu oft wurden sie enttäuscht.

Bei vielen keimt allmählich das Gefühl, allein zu sein mit all dem, alleingelassen zu werden. Dieses Gefühl aber ist brandgefährlich. Es produziert nicht nur Enttäuschung, sondern auch Wut, Wut auf einzelne Maßnahmen, auf politische Entscheider und im schlimmsten Falle Wut auf das gesamte System - unsere Demokratie. Aber bei allem Verständnis - wir hatten schließlich selbst mehr als genug Kritik in den letzten Monaten -: Diese Wut rechtfertigt in keinem Falle Angriffe auf unsere Demokratie, ihre Institutionen oder ihre Repräsentanten! Das will ich Ihnen von der AfD klar sagen, und ich werde es Ihnen immer wieder sagen!

(Zuruf)

Wir stehen als Demokratinnen und Demokraten zusammen, wir werden gemeinsam diese Demokratie gegen Sie verteidigen,

(Zuruf)

denn wir leben in keiner Diktatur! Wer das behauptet, der macht sich mitschuldig an Attacken und Ausschreitungen, weil er den Boden dafür bereitet.

Wäre es so, Frau Bessin, dass wir in einem totalitären System, in einer Diktatur lebten, dann hätten wir keine 20 000 Coronagegnerinnen

(Zuruf)

und Coronagegner auf der Straße, sondern 20 000 Vermisste in Deutschland! Wir leben in keiner Diktatur. Die Menschen können ihre Meinung frei sagen, können auf die Straße gehen,

(Zuruf: Gemeinsam!)

können meinetwegen mit Ihnen gemeinsam spazieren gehen. Egal wie oft Sie lügen, die Wahrheit und die Vernunft, die man übrigens nicht in irgendwelchen Telegram-Kanälen findet, werden siegen.

Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, es sei ja völlig unklar, auch Geimpfte kämen auf die Intensivstation, sage ich Ihnen: Ja, natürlich - Herr Keller hat es noch einmal deutlich gesagt! Niemand hat davon gesprochen, dass eine Impfung vor einer Infektion schützt.

Und wenn Sie hier über Langzeitfolgen reden, will ich Ihnen mal eins sagen: Die einzige Langzeitfolge dieser Impfung, die es tatsächlich gibt, die nachgewiesen ist, ist, dass sie anscheinend - nicht anscheinend, sondern bestätigt - vor dem Tod schützt. Das stellt die Langzeitfolge dar, nicht das, was Sie hier erzählen.

Und ich sage Ihnen: Die Gefahr, auf die Intensivstation zu kommen, ist für Ungeimpfte drei- bis viermal höher als für Geimpfte. - Um es Ihnen auch zu erklären: Wenn Sie hundert Menschen - meinetwegen auch AfD-Mitglieder -,

(Zuruf)

also hundert AfD-Mitglieder haben, von denen 80 geimpft und 20 ungeimpft sind, liegen von den 80 Geimpften durchschnittlich zwei im Krankenhaus - 2 von 80! -, während von den 20 Ungeimpften sechs bis acht Menschen auf den Intensivstationen liegen und beatmet werden. Herr Günther, selbst Sie müssten verstehen: 8 von 20 sind deutlich mehr als 2 von 80. - Deshalb zeigt sich: Impfungen retten Leben und schützen! Ich war nicht besonders gut in Mathe, aber wenn ich dazu in der Lage bin, sollten Sie das auch verstehen.

Am Ende geht es nicht um Fischbrötchen in Heringsdorf, Frau Bessin, oder darum, dass irgendjemand nicht in die Kneipe kommt, sondern am Ende geht es darum, dass wir Menschen, dass wir das Leben schützen wollen.

Im Übrigen: Wenn Sie spazieren gehen und da mit vielen Menschen reden und uns hier erklären, dass sei die Realität im Lande, empfehle ich Ihnen, nicht nur mit Ihren Kumpels und Kameraden, die da mit Fackeln auf der Straße herumlaufen, sondern auch mit den Intensivschwestern, den Menschen, die jeden Tag arbeiten, und mit den Ärztinnen und Ärzten zu reden - sie haben anscheinend einen deutlich besseren Blick auf die Realität als Ihre Kumpels, mit denen sie da nachts im Dunkeln durch Cottbus laufen. Das ist doch der Punkt: Reden Sie mal mit den Leuten, und dann können Sie hier an der Debatte teilnehmen!

In wenigen Tagen ist Weihnachten, und - ja, es stimmt - die Situation in unserem Land, in den Familien, im wirtschaftlichen und kulturellen Leben ist wie vor einem Jahr; manche sagen, sie ist noch schlimmer.

(Zuruf: Ach nee!)

Gerade in den Krankenhäusern ist die Situation in diesen Tagen nichts weniger als dramatisch. Die Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegerinnen und Pfleger sind nach bald zwei Jahren im Kampf gegen dieses Virus ausgelaugt; sie sind buchstäblich am Ende ihrer Kräfte. Sie haben längst begriffen, dass auf die warmen Worte nichts von dieser Landes- oder Bundesregierung folgen wird, dass sie auch jetzt wieder allein dastehen. Nichts hat sich geändert - und das ist und bleibt einfach nur beschämend.

Trotzdem machen sie unermüdlich weiter und kämpfen um jedes einzelne Menschenleben, während sie mit Unverständnis auf das blicken, was wir hier zum Teil veranstalten. Doch die Intensivkapazitäten sind vielerorts längst am Limit. Mittlerweile verlegen wir die Patienten nicht mehr nur ins nächstgelegene Krankenhaus oder nach Berlin, nein, die Luftwaffe fliegt schwerst- kranke, beatmete Menschen durch die halbe Republik nach NRW und sonst wohin. Das ist die Realität - die Realität nicht irgendwo am anderen Ende der Welt, sondern hier bei uns in Brandenburg! Daran ändern auch die sinkenden Zahlen so schnell nichts mehr.

Deshalb - das will ich an dieser Stelle sagen - führt kein Weg daran vorbei, jetzt weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahlen schnell zu senken. Wir haben das schon vor vier Wochen hier eingefordert, und deshalb werden wir dem Antrag der Koalition heute auch zustimmen. Die Situation ist ernst; niemand kann das abstreiten. Wir befinden uns in einer Notlage, und wir brauchen den Werkzeugkoffer, den uns die Ausrufung an die Hand gibt. Das ist und bleibt Fakt.

Aber: Ich kann auch jeden verstehen, der von allem gerade einfach nur die Nase voll hat, der sich an alle Regeln gehalten hat, der sich - vielleicht auch mit Bauchschmerzen, aber schlussendlich doch - hat impfen lassen, auf sich und seine Liebsten Acht

gegeben hat, vorsichtig und umsichtig war und nun trotzdem wieder vor einem Weihnachten steht, an dem nichts so ist wie erhofft.

Wissen Sie: Auch ich habe die Nase voll. Seit nun fast zwei Jahren stehe ich hier und erlebe immer das Gleiche. Ich kann gar nicht mehr zählen, wie oft wir Ihnen Vorschläge unterbreitet haben, und am Ende machen Sie doch jeden einzelnen Fehler wieder und wieder aufs Neue. Das ist mir wirklich unbegreiflich.

Jetzt schicken Sie als Koalition mal eben eine Pressemitteilung heraus, dass sie jetzt eine Notlage ausrufen, weil Sie dann weitere Maßnahmen ergreifen könnten. Welche das sind und wieso - bis zum heutigen Tage war das unklar. Das schafft keine Klarheit, das schafft kein Vertrauen. Klarheit, Kommunikation und Transparenz - darauf käme es jetzt an, und zwar nicht erst seit heute, sondern seit bald zwei Jahren. Ist das denn wirklich so schwer, sehr geehrte Damen und Herren?

Ich sage auch ganz ehrlich: Ich habe Bauchschmerzen, Ihnen jetzt hier weitere Werkzeuge an die Hand zu geben, wo Sie mit denen, die Sie haben - allen voran das Testen und Impfen -, schon nicht so richtig zurechtkommen, sie nicht nutzen und oft überfordert sind. Alle Teststrukturen im Land haben Sie im Herbst mit der Entscheidung, die Bürgertests abzuschaffen, eingerissen. Ja, da sagen Sie wieder: Das war der Bund. - Aber wofür sind wir denn hier gewählt? Wer die ganze Zeit so argumentiert, muss sich die Frage stellen lassen, warum es ihn eigentlich braucht.

Das Gleiche beim Impfen: Alle Impfstellen haben Sie im Herbst geschlossen. Da rühmen Sie sich jetzt guter Zahlen - nach Monaten, in denen quasi nichts mehr lief. Wo waren die mobilen Teams? Wo waren die Aufklärungs- und Werbekampagnen? Wo war all das? Noch immer stehen Leute stundenlang in der Kälte Schlange; noch immer werden Leute weggeschickt. Das kann nicht Ihr Ernst sein! Es reicht eben nicht aus, nur von einem Presetermin zum nächsten zu huschen und sich vor jeder Impfstelle im Land stolz ablichten zu lassen. Es braucht Führung, es braucht Koordination. Nehmen Sie diese Verantwortung endlich wahr!

Auch das gehört zur Wahrheit - und das ist der entscheidende Punkt für uns heute: Die Notlage wird nicht dazu führen, dass das Impfen oder Testen besser funktioniert. Sie wird nicht dazu führen, dass die Weihnachtsmarktbetreiber und Gastronomen endlich die Hilfen erhalten, die ihnen zustehen. Sie wird auch nicht dazu führen, dass sich Schüler und Eltern endlich sicher sein können, dass diese Landesregierung einen Plan hat, wie es mit den Schulen im neuen Jahr weitergeht.

Herr Keller, da reicht es nicht aus, zu sagen: Bildung hat für uns höchste Priorität. - Sie haben auch heute wieder keinen Plan vorgelegt, aber darauf käme es jetzt an. Es kommt darauf an, dass Sie endlich einmal einen Plan vorstellen, der über die nächsten zwei Wochen hinausgeht. Sie versuchen gerade wieder einmal, sich über ein paar Tage zu retten, über Weihnachten und ins neue Jahr zu kommen. Aber wie geht es dann weiter? Können Sie mir das sagen, können Sie das den Menschen im Land sagen?

Deshalb haben wir heute einen Entschließungsantrag eingebracht. Wir wollen den Menschen, die jetzt stundenlang in den Schlangen stehen oder sogar weggeschickt werden, weil Impfstoff fehlt, Folgendes sagen: Das Land muss endlich aufhören, sich nur auf die Kommunen zu verlassen. Es muss selbst Ver-

antwortung übernehmen. Das heißt, die zentrale Impfstofflogistik wieder einzuführen, um sicherzustellen, dass der Impfstoff nicht ausgeht.

Sorgen Sie für ein Impfmonitoring, damit wir überhaupt wissen, wer geimpft ist und wo wir unterstützen müssen!

Wir müssen jetzt organisieren, dass die Impfstellen über das gesamte - ich wiederhole: das gesamte - Jahr 2022 offen bleiben, um eine Wiederholung des Chaos der letzten Wochen zu vermeiden. Denn eins ist schon jetzt sicher, gerade mit Omikron: Das wird nicht die letzte Impfung gewesen sein. Seien wir in Brandenburg wenigstens für die vierte Impfung einmal, nur ein einziges Mal, vorbereitet!

Lassen Sie uns die Impfung von Kindern unter elf Jahren ordentlich vorbereiten! Schreiben Sie die Eltern an und klären Sie auf! Schaffen Sie Angebote in Schulen! Berlin macht es jetzt vor.

Und starten Sie eine Aufklärungskampagne, die ihren Namen auch verdient, um die Fake News von der rechten Seite hier endlich ernsthaft zu bekämpfen!

Und was sagen wir den Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern? Schaffen Sie endlich flächendeckende Testangebote, Herr Keller, wenn Sie davon reden, dass Sie Schulen und Kitas offen lassen wollen! Es ist nicht hinnehmbar, dass im zweiten Jahr der Pandemie einfach keine Tests mehr vorhanden sind oder sogar noch auf Kosten anderer ein Reibach gemacht wird.

Und wann sind Sie denn in der Lage, fünf Tests in der Woche in den Schulen anzubieten? Wir haben genau das schon im August 2020 gefordert und Konzepte dafür vorgelegt. Das war vor 16 Monaten, Herr Keller, vor 16 Monaten!

Was sagen wir den Pflegekräften in den Krankenhäusern? Reden Sie nicht nur ständig über die Pflege, sondern handeln Sie endlich! Sorgen Sie dafür, dass Krankenhäuser unterstützt werden, um Pflegepersonal zurückzugewinnen! Lassen Sie dem Applaus und den Dankesworten endlich einmal Taten folgen! Zahlen Sie eine Landesprämie, eine Prämie von 1 500 Euro, die die neue Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP „aus Versehen“ anscheinend vergessen hat!

Was sagen wir den Unternehmen, die um ihre Existenz bangen? Helfen Sie jetzt! Helfen Sie jetzt den Schaustellerinnen und Schaustellern und zahlen Sie einen Unternehmerlohn! Bayern hat es verstanden.

Sorgen Sie jetzt für Hilfeleistungen für die Gastronomie, und trösten Sie die Menschen nicht ein weiteres Mal! Eine weitere Enttäuschung kann sie nämlich die Existenz kosten.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben eine gemeinsame Verantwortung. Es geht jetzt nicht um markige Worte oder tolle Pressefotos. Die Menschen haben ihre eigene Verantwortung längst erkannt. Sie haben erkannt, dass es jetzt um praktische Solidarität geht, nicht zuletzt deshalb, weil auch Sie als Landesregierung in den letzten Monaten beispiellos versagt haben; das ist schon schlimm genug. Also nehmen auch wir endlich unsere Verantwortung wahr! Lassen Sie uns verhindern, dass wir im Januar hier schon wieder zu einer Sondersitzung zusammenkommen!

Wenn Sie jetzt endlich anfangen zu handeln, können Sie sicher sein, dass Sie uns an Ihrer Seite haben. Aber so wie die Menschen im Land verknüpfen auch wir unsere Unterstützung mit einer klaren und eindeutigen Erwartung: Seien Sie transparent, seien Sie klar, und kommunizieren Sie endlich vernünftig! Treffen Sie Entscheidungen, die am Ende auch alle mittragen und alle verstehen können! Darum geht es jetzt, und das ist auch der Schlüssel, aus dieser Pandemie herauszukommen. Denn ich will nicht sagen: Noch die fünfte Welle, und dann ist endlich Sommer.

Um nichts weniger geht es an dieser Stelle. Wir werden Ihrem Antrag zustimmen, aber kümmern Sie sich auch endlich um die anderen Probleme, die hier schon seit zwei Jahren auf dem Tisch liegen. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank. - Frau Abgeordnete Bessin macht eine Kurzintervention. Bitte schön.

Frau Abg. Bessin (AfD): *

Sehr geehrter Herr Walter, Sie haben vielleicht heute noch nicht mitbekommen, dass der neue Gesundheitsminister von Entspannungssignalen und dem Rückgang der Coronazahlen gesprochen hat und dass er das Ganze jetzt auf einem viel besseren Weg sieht. Vielleicht sollten Sie sich auch einmal mit der aktuellen Lage auseinandersetzen.

Sie haben davon gesprochen, dass man jetzt Kinder impfen sollte. Da kann ich Ihnen nur sagen: Jedermann sollte die Hände von unseren Kindern lassen! Und man sollte dieses absolut niedrige Niveau verlassen, dass man mit Impfbussen an Schulen fährt, um dort Kinder unter Druck zu setzen, wenn die ganze Klasse befragt wird, wer sich impfen lässt, wer seinen Zettel dabei hat, oder wenn die Kinder mittlerweile in der Schule morgens gefragt werden, wer seinen Corona-Testzettel dabei hat, wer seinen Impfausweis dabei hat, wo Kinder aktuell öffentlich abgefragt werden.

(Zurufe)

- Natürlich wird das gemacht! Natürlich wird in Schulen aktuell ... Haben Sie Kinder?

(Zuruf: Ja, ich habe welche! - Weitere Zurufe - Unruhe)

Kinder werden sehr wohl mittlerweile in der Schule abgefragt, ob sie einen Impfstatus haben oder ob sie den Zettel der Testerei dabei haben. Natürlich ist das so! Und das hat zur Konsequenz, dass Kinder später in der Schule auch gemobbt werden, wenn sie nun mal noch nicht geimpft sind und andere geimpft sind, oder Menschen, die beim Einkaufen, wenn sie in irgendwelche Einkaufszentren gehen, jetzt Armbändchen tragen müssen, weil die einen geimpft sind und die anderen nicht. Und das Gesundheitspersonal - von dem haben Sie ja auch gesprochen -, das im ersten Lockdown noch beklatscht wurde, wird jetzt durch Ihre teilweise Impfpflicht im Prinzip zu Leibeigenen des Staates gemacht.

Das ist es, was unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat und unsere Freiheit hier im Land tatsächlich beeinträchtigt.

Und wenn davon gesprochen wird, dass die Teilnehmerzahlen bei Versammlungen wieder reduziert werden müssen - das ist

unnötig, denn das könnte man jetzt schon machen. Es gibt Abstandsregeln. Aber damit zeigen Sie ganz klar: Sie haben Angst vor dem Volk, das auf die Straße geht. Das steckt doch tatsächlich dahinter!

(Zurufe)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Walter, ich gehe davon aus, dass Sie auf diese Kurzintervention reagieren möchten. - Bitte schön.

Herr Abg. Walter (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Bessin, jetzt haben Sie sich noch einmal Mühe gegeben, ich weiß, Sie stehen massiv unter Druck. Sie haben vor, Landesvorsitzende zu werden, jetzt müssen Sie hier ganz, ganz groß rauskommen. Das ist mir schon alles klar. Ich verstehe auch den Druck, das kennt jeder Politiker, jede Politikerin. Aber Sie haben an der Stelle mal wieder völlig danebengehauen. Ich sage Ihnen, die Kinder, die Schülerinnen und Schüler, die ich kenne, gerade in den Grundschulen beispielsweise, die verhalten sich übrigens deutlich vernünftiger und verstehen auch das, was Sie seit zwei Jahren nicht verstehen wollen. Ein sechs- oder siebenjähriges Kind versteht das anscheinend deutlich besser. Die testen sich freiwillig, weil sie für sich eine Verantwortung sehen. Was Sie hier gerade darstellten, zeigt einfach nur, dass anscheinend selbst siebenjährige Brandenburger Kinder und Schülerinnen und Schüler verantwortungsbewusster sind als Ihre gesamte Fraktion. Da sollten Sie sich mal die Frage stellen!

Ich warne Sie davor, hier zu erzählen: Hände weg von unseren Kindern! - Ich kann Sie nur davor warnen. Ich sage Ihnen eines: Das kann jedes Kind und auch die Eltern werden das sehr gut selbst entscheiden können. Da brauchen sie ganz sicher keine Hilfe von irgendwelchen Küchenmedizinern oder AfD-Dullis, die hier irgendwie versuchen, wieder Stimmung zu machen. Das ist doch das, was Sie wollen.

Zu Pflegekräften sage ich Ihnen eines: Die Pflegekräfte haben und werden die Pflege nicht wegen einer Impfpflicht verlassen, sondern sie werden sie verlassen, weil sie schlechte Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen haben und weil all die Versprechungen aus der ersten Welle bis heute nicht erfüllt wurden - da müssen wir tatsächlich hinterher sein -, aber nicht wegen der Impfpflicht, weil im Gegensatz zu Ihnen jede Pflegekraft, die Menschen auf der Intensivstation gesehen hat, weiß, worum es hier geht.

(Zuruf)

Und einen Punkt sage ich Ihnen auch, weil Sie sagen, ich habe Angst vor dem Volk. Sie wollen gerne, dass wir als Demokraten und Demokratinnen Angst vor Ihnen haben. Ich weiß, Sie wollen diese Demokratie abschaffen, das ist Ihr Ziel,

(Zurufe)

das ist mir völlig klar. Ich verspreche Ihnen: Ich habe keine Angst vor Ihnen, egal, wie böse Sie gucken, egal, wie Sie rumpöbeln. Die Menschen brauchen auch keine Angst vor Ihnen zu haben.

(Anhaltende Zurufe)

Wir als Demokratinnen und Demokraten werden dieses Land, diesen Staat, diesen Rechtsstaat gemeinsam gegen Sie und Ihre kleinen Wunschträume verteidigen. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Dr. Redmann hat für die Fraktion der CDU das Wort. - Wenn ich alles notieren würde, was hier immer an Bemerkungen ankommt! Es ist unglaublich. - Bitte schön.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Besin, ich glaube, man kann Ihre Rede nicht einfach damit abtun, dass sie eine AfD-Parteitagsbewerbungsrede sei.

(Zuruf: Ist es auch gar nicht!)

Denn die Rede hatte ein Niveau, das hoffentlich nicht einmal auf einem AfD-Parteitag für eine Vorsitzenden-Kandidatin zulässig ist. Ich mache Ihnen das auch mal an ein paar Beispielen klar:

Sie haben hier Fragen aufgeworfen und behauptet, dass Ihnen die Landesregierung all diese Fragen nicht beantworten könne. Das sind Fragen, die sich jeder binnen fünf Minuten selbst beantworten kann. Ich habe die Zeit genutzt, bis ich mit meiner Rede dran war, um die Fragen, die Sie aufgeworfen haben, zu beantworten.

Ihre erste Frage war: Wie viele der Infizierten sind erkrankt? - 52 200 Infizierte heute. Wir haben 624 Patienten auf Normalstationen - man kommt nicht ins Krankenhaus, wenn man nicht krank ist - und 200 Patienten auf Intensivstationen in Brandenburger Krankenhäusern. Die Erfahrung sagt, dass von diesen 200 vermutlich die Hälfte die Infektion nicht überleben wird. Das ist das, was der Lagebericht des Gesundheitsministeriums jeden Tag vermittelt, der auch in Ihrem Postfach eingeht.

Als Nächstes haben Sie die Frage aufgeworfen: Wie viele der Patienten in den Krankenhäusern und Intensivstationen sind ungeimpft? - Jede Woche veröffentlicht das RKI dazu einen Lagebericht und gibt die Prozentzahlen an. Sie können über alle Altersgruppen hinweg sehen, dass die Zahl der Ungeimpften deutlich überwiegt. Wenn Sie diese Zahl dann noch ins Verhältnis zur Zahl derjenigen setzen, die in der Gesamtbevölkerung geimpft sind, kommen Sie schnell zu dem Ergebnis, dass die Wahrscheinlichkeit, auf der Intensivstation zu landen, für Ungeimpfte um den Faktor 10, 11 oder 12 höher ist als für Geimpfte. Auch das habe ich Ihnen in den vergangenen Plenarsitzungen schon zweimal vorgerechnet. Offensichtlich haben Sie da nicht zugehört.

Als Drittes haben Sie die Frage der Künstler aufgeworfen, die angeblich die Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse verlieren, weil sie so wenige Einnahmen haben. Bereits im Mai hat das Bundeskabinett beschlossen, dass Künstlerinnen und Künstler auch kunstfremd hinzuverdienen dürfen, und die Bemessungsgrenze aufgehoben, damit sie den Versicherungsschutz gerade nicht verlieren. Dass das alles schon geregelt wurde, vergessen Sie aber.

Sie hätten sich all diese Frage selbst beantworten können, tun es aber nicht. Ich weiß nicht, warum Sie es nicht tun. Entweder fehlt Ihnen der Fleiß oder es fehlt Ihnen die Zeit, weil Sie zu viel

spazieren gehen, statt sich mit den Fakten auseinanderzusetzen, oder - und das glaube ich eher - Sie wollen sich gar nicht an Fakten orientieren. Sie wollen überhaupt keine Diskussion auf der Grundlage des Tatsächlichen führen. Sie wollen eigentlich Demagogie betreiben. Sie möchten die Leute gern verunsichern - das ist Ihr Ziel. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das können wir Ihnen so nicht durchgehen lassen. Wir werden das immer wieder richtigstellen - an allen Orten: hier im Parlament und draußen im Land. Diese Kritik werden Sie sich gefallen lassen müssen, denn das ist Kritik in der Sache. Ich kann Sie nur auffordern, endlich zur Wahrhaftigkeit zurückzukehren.

Der nächste Punkt, den Sie angesprochen haben, sind der Rechtsstaat und die Rechtsstaatlichkeit, die Sie hier ja infrage gestellt haben. Sie als AfD-Fraktion haben doch selbst die Möglichkeit, verschiedene Verordnungen zu beklagen, und Sie tun es auch in schöner Regelmäßigkeit. Ich bin seit elf Jahren als Rechtsanwalt zugelassen und habe in meinem Leben sehr viele Schriftsätze gelesen. Aber die Schriftsätze, die Sie sich trauen, beim brandenburgischen Verfassungsgericht einzureichen, sind handwerklich derart unterirdisch, dass ich Zweifel habe, dass es Ihnen überhaupt darum geht, vor dem Verfassungsgericht zu gewinnen. Ihre Schriftsätze sind unvollständig, sie sind unsystematisch, und sie sind in ihrer Argumentation nicht logisch. Sie haben überhaupt nicht den Anspruch, hier Ihre Rechte geltend zu machen. Das Einzige, was Sie wollen, ist eine Presseveröffentlichung, in der steht: AfD-Fraktion klagt mal wieder. - Um etwas anderes geht es nicht. Ich finde, das ist eine Missachtung des Verfassungsgerichts, die Sie da an den Tag legen. Ich kann Sie auch dort nur auffordern, endlich wieder auf den Boden der Tatsachen zurückzukehren und sich einfach mehr Mühe bei Ihrer Arbeit zu geben. Das können die Brandenburgerinnen und Brandenburger von Ihnen als Abgeordnete auch erwarten; schließlich werden Sie dafür auch gut bezahlt.

Meine Damen und Herren, wir sind immer noch in einer dramatischen Situation. Die dramatische Situation ergibt sich eindeutig aus den Zahlen, die heute schon mehrfach vorgetragen wurden. Was mich in den letzten Wochen sehr beschäftigt hat, war das Beispiel des thüringischen Rudolstadt, wo insgesamt 28 Einwohner einer Seniorenresidenz verstorben sind. 22 der Verstorbenen waren nicht vollständig gegen das Virus geimpft, fünf Todesopfer waren doppelt geimpft, nur eines war geboostert.

Und obwohl sowohl das Heim als auch das Landratsamt den Bewohnern mehrfach Impfangebote unterbreiteten, wurden diese von vielen Bewohnern nicht angenommen - angeblich weil Angehörige ihnen von einer Impfung abieten. Das ist das Ergebnis dessen, was Sie hier betreiben. Das ist das Ergebnis der Verunsicherung durch das, was Sie hier in die Welt hinausposaunen: Menschen treffen eine Fehlentscheidung. Menschen, die hochgradig gefährdet sind, sehen von einer Impfung ab und haben am Ende schwerwiegendste Konsequenzen zu tragen. Dafür sind Sie mitverantwortlich, denn Politik bringt nun einmal Verantwortung mit sich.

Angesichts der um sich greifenden Impfskepsis wundert es auch nicht, dass die Sieben-Tage-Inzidenz in dem Landkreis, in dem Rudolstadt liegt, auf über 2 000 gestiegen war. Die Intensivstationen in Thüringen sind bereits jetzt genauso ausgelastet wie auf dem Höhepunkt der dritten Welle, und ich habe ernsthafte Sorge, dass diese Situation auch in Brandenburg eintreten wird. Wir erleben zwar eine Stabilisierung der Inzidenzen, aber die Auslastung der Intensivstationen steigt weiter. Auch die heute dargestellten über 27 % - ausweislich des Lageberichts - sind doch ein erneuter Höhepunkt der vierten Welle, und ich kann bislang nicht erkennen, dass wir uns auf einen Wert einpegeln, mit dem wir leben könnten. Wir hatten vor einigen Tagen den Chef des Carl-

Thiem-Klinikums, Dr. Götz Brodermann, in der Fraktion zu Gast, welcher eindrücklich vor der alarmierenden Lage vor Ort warnte.

Man muss ganz ehrlich sagen - es wurde schon darauf hingewiesen -: Es sind inzwischen auch viele Patienten verlegt worden, nach Berlin und nach NRW. Welche Folgen die Situation hat, können Sie außerdem daran erkennen, dass ein hoher Preis gezahlt werden muss - auch von denen, die nicht an Covid erkrankt sind: von denen, deren Operationen und Eingriffe verschoben werden müssen, damit die intensivmedizinische Versorgung überhaupt noch aufrechterhalten werden kann. Es müssen auch Menschen abgewiesen werden, weil die Krankenhäuser mehr Kapazitäten für die Notfallversorgung vorhalten müssen. Das ist doch kein Zustand, mit dem man irgendwie leben können muss, auf den man sich nun einrichtet und sagt: Wir lassen das jetzt einfach so, das bleibt auch die nächsten Wochen und Monate so. Die Leute, die eigentlich operiert werden müssen, werden nicht operiert. - Damit wollen wir uns nicht abfinden, und deshalb werden wir alles dafür tun, dass die Inzidenzen sinken, denn nur sinkende Inzidenzen werden letztlich zu weniger Hospitalisierungen und zu einer geringeren Auslastung der Intensivstationen führen.

Schon im letzten Jahr wussten wir, dass die Lage unter Umständen wieder eskalieren könnte. Warum kam es trotzdem so weit - obwohl wir mittlerweile über die notwendigen Instrumente verfügen, um das Pandemiegeschehen einzuschränken? Es kam so weit, weil viele Menschen keine Vorsorge getroffen haben, weil viele Menschen falschen Ratgebern vertraut haben. Hätten wir heute eine höhere Durchimpfungsrate, müssten wir nicht über die Erklärung der epidemischen Notlage in Brandenburg reden.

Es ist deshalb auch zynisch, dass bei diversen AfD-Abgeordneten, die heute nicht anwesend sein können, da sie sich infiziert haben, weil sie an einer Mahnwache vor dem Brandenburger Landtag teilnahmen und dort eng beieinanderstanden, trotz dieses Umstands offenbar keine Einsicht vorhanden ist. Ich meine die Einsicht, dass Impfungen schützen können, dass man sich vorsehen muss und dass man selbst einen Beitrag leisten kann. Ich möchte an dieser Stelle Herrn Berndt und den weiteren Kollegen durchaus schnelle Genesung wünschen - ich finde, dass sich das gehört.

Ich erinnere mich aber auch sehr gut an die vergangene Plenarsitzung, als Herr Berndt uns hier Nasensprays, Gurgeln und Pferdesalbe empfahl und sagte, das würde schon ausreichend vor dem Virus schützen. Dass das offensichtlich nicht der Fall ist, sehen wir jetzt.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Ja.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Günther, bitte.

Herr Abg. Günther (AfD): *

Herzlichen Dank, Herr Redmann, dass Sie die Frage zulassen. Ist Ihnen bekannt, dass jeder Abgeordnete unserer Fraktion, der heute fehlt, erstens in Quarantäne ist und zweitens einen milden Verlauf einer ganz milden Krankheit bzw. gar keine Krankheitssymptome hat? Ist Ihnen das bekannt? Sie sind in Quarantäne, weil sie getestet wurden - mehr nicht. Das wird Ihnen sicherlich nicht bekannt sein.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Kollege, ich bin sehr glücklich darüber, nicht über alle Erkrankungen, die in der AfD-Fraktion vorliegen, im Detail informiert zu sein.

Meine Damen und Herren, wir alle haben doch die Weisheit nicht mit Löffeln gefressen. Niemand weiß, wie sich die pandemische Lage in den nächsten Monaten entwickeln wird. Wer kann denn genau vorhersagen, wie im Januar, wie im Februar die Infektionsgeschwindigkeit sein wird? Wer kann denn genau vorhersagen, welche Auswirkungen auch die Omikron-Variante haben wird? Wer kann denn genau sagen, wie viele Menschen schwer erkranken und medizinisch behandelt werden müssen? Dennoch ist es eine Frage der Vernunft, auch Vorsorge zu treffen. Es ist eine Frage der Vernunft, dass wir jetzt auch eine spürbare Entlastung auch der Intensivstationen herbeiführen, weil wir alle nicht wissen, was kommen wird. Was passiert denn, wenn wir uns sehenden Auges in eine Situation begeben, in der die Intensivstationen bis Oberkante Unterlippe belastet sind bzw. darüber hinaus - so wie es jetzt ist, es wird ja weiter steigen - und dann zusätzlich Omikron kommt? Dann würde doch berechtigt die Frage gestellt werden: Warum sind keine Maßnahmen ergriffen worden, als man sie noch ergreifen konnte, um hier auch ein bisschen Puffer zu schaffen? Das, glaube ich, gebietet die Vernunft, das, glaube ich, muss man sich auch als politische Führung fragen, wenn man Risiken sieht; man kann sie nicht ignorieren. Wenn man Risiken ignoriert, obwohl sie bestehen, macht man sich mitverantwortlich. Das müssen wir in unserem politischen Handeln auch beachten.

Ich warne aber auch davor, meine Damen und Herren, gerade weil in der Vergangenheit die Politik vielleicht zu oft den Eindruck erweckt hat, dass wir alle ganz genau wüssten, wie sich die Lage entwickelt, dass wir alle ganz genau wüssten, wann genau die Pandemie vorbei ist und welche Maßnahmen bis dahin zu ergreifen sind, manchmal mit zu viel Selbstgewissheit in Diskussionen reinzugehen. Wir alle sollten miteinander Debatten auf einem hohen Niveau, einem hohen demokratischen Niveau führen, also Debatten, in denen es um Fakten geht, in denen Fragen gestellt werden, die sich an der Faktenlage orientieren. Natürlich sind auch Fragen nach Konsequenzen zulässig. Wir alle sind fehlbar. Fehlbarkeit ist menschlich - auch dessen sollten wir uns jederzeit bewusst sein. Deshalb ist der Dialog, den wir führen, der Dialog, den wir auch hier mit jenen, die berechnete Fragen stellen, führen, denke ich, auch richtig.

Wir müssen uns auch fragen lassen, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, welche Maßnahmen notwendig sind, welche Maßnahmen geeignet sind, welche Maßnahmen auch in ihren Auswirkungen angemessen sind. Aber - und das sage ich auch ganz deutlich: Man darf den demokratischen Dialog nicht mit Verleumdung, mit Verhetzung, mit gezielter Desinformation oder auch mit Gewaltaufrufen verwechseln; da endet der demokratische Dialog

und beginnt der Bereich der wehrhaften Demokratie. Und wir werden keinen Zweifel daran lassen - auch der Innenminister wird keinen Zweifel daran lassen -, dass wir im Bereich des demokratischen Spektrums jederzeit miteinander diskutieren können. Wo dieser Bereich aber verlassen wird, muss auch mit Konsequenzen des Rechtsstaats gerechnet werden. Auch das ist eine Lehre aus der Weimarer Republik und der deutschen Vergangenheit, die wir immer berücksichtigen sollten, meine Damen und Herren.

Wir sollten uns deshalb auch fragen, wie und warum es dazu kommt, dass ein Teil der Bevölkerung so auf Falschinformationen reingefallen ist. Das hat auch etwas mit veränderter Mediennutzung, mit verändertem Medienkonsum zu tun, das hat etwas mit neuen Medien und deren Wirkung zu tun. Es gibt ja bestimmte Gründe, warum der Rundfunk in Deutschland einer Aufsicht - übrigens einer überstaatlichen Aufsicht, einer Aufsicht, die nicht aus Steuergeldern finanziert wird, einer Aufsicht, die darauf achtet, dass der Jugendschutz gewahrt wird, einer Aufsicht, die darauf achtet, dass keine Straftaten verbreitet werden - unterliegt. Ich glaube, dass wir bei dieser Aufsicht in Deutschland bislang nicht ausreichend mit der Zeit gehen, denn wir kontrollieren jeden Lokal-TV-Sender, der vielleicht 5 000 Zuschauer hat, schärfer als manches neue Medium mit Hunderttausenden Abonnenten, in dem Lügen und Hass am laufenden Band verbreitet werden und in dem überhaupt keine Rücksicht auf Programmgrundsätze genommen wird. Ich denke, unsere Aufgabe als Demokraten ist, die Strukturen, die wir für diese Aufsicht haben, zu schärfen und sie an die Zeit anzupassen. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Vida für die BVB / FREIE WÄHLER Fraktion. Bitte schön.

Herr Abg. Vida (BVB/FW):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Die Lage auf den Intensivstationen des Landes Brandenburg ist ernst: 27,2 % der betriebenen Intensivbetten sind - Stand heute - mit Coronapatienten belegt; das sind 200 Einzelschicksale und im Zweifel auch 200 Familien, die um ihre Angehörigen bangen. Und wir stellen fest, dass der Anteil der Coronapatienten stetig zunimmt, was im Umkehrschluss bedeutet, dass andere Behandlungen teilweise in den Hintergrund treten. Wir erleben dabei in der Tat ein Déjà-vu: Genau vor einem Jahr lag die Quote bei 18,3 %, heute liegt sie - wie gesagt - bei 27,2 %, das heißt, 9 Prozentpunkte höher als vor genau einem Jahr.

(Zuruf: Trotz Impfungen!)

Was hat sich seitdem geändert? In Brandenburg lag das Maximum an belegbaren Intensivbetten laut DIVI-Intensivregister genau heute vor einem Jahr bei 1 083, inklusive Notfallreserve; aktuell liegt diese Zahl bei 968. Das sind also 115 Betten weniger.

Wie kann es sein, dass in der schlimmsten Pandemie, die wir erleben - mit den weitreichendsten Einschnitten in die Grundrechte, die immer mit dem möglichen Kollaps des Gesundheitssystems gerechtfertigt werden -, Intensivbettenkapazitäten zurückgehen? Uns ist bewusst, dass Pflegekräfte wegen der andauernden Belastung ihren Beruf beendet oder zumindest Arbeitszeiten reduziert haben. Das hat aber auch etwas mit dem Wegfall der Freihaltepauschale für Betten zu tun, der vor über einem Jahr beschlossen wurde.

Da stellt sich schon die Frage: Was tut die Bundesregierung, was tun die Landesregierungen und die Politik insgesamt, um diese Entwicklung zu beenden? Wieso wird nicht alles Menschenmögliche getan, um die Ursache des Pflegenotstandes zu beheben? Denn der Abbau der Intensivbettenkapazitäten aus welchen Gründen auch immer ist in diesen herausfordernden Zeiten schlichtweg nicht akzeptabel!

Meine Damen und Herren, vor genau einem Jahr war die Impfquote null; aktuell liegt sie bei 62,9 %. Damit sind wir zweites Schlusslicht im Bundesländervergleich. Noch im Mai 2021 - also vor gut einem halben Jahr - hieß es in Vorbereitung auf den damaligen Impfgipfel im Eckpunktepapier des Innenministeriums, dass mit Erhöhung der Impfgeschwindigkeit bis spätestens 21. September die Herdenimmunität in Brandenburg erreicht werden solle. Das war damals noch erklärte Politik der Landesregierung. Nichts dergleichen ist eingetreten. Dabei zeigte sich schon damals, in ersten Studien, dass die Impfeffektivität bei der dominanter werdenden Delta-Variante sinkt.

Was tat die Landesregierung in Reaktion auf diese Erkenntnis? Anstatt alles dafür zu tun, dass die Menschen sich impfen lassen können, wurden nicht nur, aber auch in Brandenburg Impfzentren unter Verweis auf mangelnde Effizienz und Effektivität geschlossen. Ein kapitaler Fehler, der sich nun rächt; denn wirtschaftliche Betrachtungskriterien hätten schon damals keine Rolle spielen dürfen!

Doch nicht nur das: Sehr unrühmlich kam „on top“ die Entscheidung hinzu, die kostenlosen Testmöglichkeiten zum 11. Oktober zu beenden. Das muss man sich wirklich einmal vor Augen führen! Meine Damen und Herren, in einer sich abzeichnenden vierten Welle, vor der alle gewarnt haben, werden kostenlose Testmöglichkeiten abgeschafft! Das wird schulterzuckend hingenommen; es wird in der Gesundheitsministerkonferenz kein Widerspruch erhoben, und so erleben wir, dass wir von den damals 59 Fällen, die wir am 11. Oktober hatten, mittlerweile bei über 5 000 sind. Die zweite kapitale Fehleinschätzung bzw. Fehlentscheidung; denn so hätten Infektionsketten früher erkannt und durchbrochen werden können! Dafür, meine Damen und Herren von der Koalition und der Landesregierung, tragen Sie Mitverantwortung; Sie haben die getroffene Entscheidung begrüßt und verteidigt.

Nun sind Sie es, die mit der Einberufung der heutigen Sitzung die konkrete Gefahr der epidemischen Ausbreitung für das Land Brandenburg feststellen wollen. Nun, die Entwicklung der Zahlen ist nicht zu bestreiten. Aber - das haben wir heute gehört, und den Entwurf der neuen Verordnung haben wir gerade erhalten - damit einhergehend soll es zu weiteren Einschnitten und Einschränkungen insbesondere für ungeimpfte Personen kommen.

Ich möchte an dieser Stelle deutlich sagen, meine Damen und Herren: Ja, die Impfung wirkt, und ja, die Impfung bewirkt, dass schwere Verläufe, die Intensivbettennutzungsnotwendigkeit und genauso Todesfälle deutlich, deutlich unwahrscheinlicher werden. Da muss man auch begrifflich einmal genau schauen: Es wird immer gesagt, Ungeimpfte und Geimpfte können gleichermaßen erkranken. - Nein! Das richtige Wort heißt „ebenfalls“: Sie können ebenfalls erkranken, aber nicht gleichermaßen.

Betrachtet man - mein Vorredner hat es auch gesagt - die Anzahl der Ungeimpften und die der Geimpften auf den Intensivstationen und bemisst man das an bzw. vergleicht das mit ihrem Anteil an der Bevölkerung, so sieht man: Die Notwendigkeit der Nutzung von Intensivstationen ist für Ungeimpfte - je nach Region,

je nach Krankenhaus - um den Faktor acht bis zehn erhöht. Deswegen ist es notwendig, die Statistik richtig zu lesen, und ist es platt und primitiv zu sagen: Na ja, Geimpfte können da ja auch landen. - Können sie, aber mit einem deutlich, deutlich, deutlich geringeren Faktor - es handelt sich nicht nur um eine Wahrscheinlichkeit, sondern um eine erwiesene Zahl -, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil. Genau deswegen - weil sie nun einmal die Verläufe weniger schwer ausfallen lassen und Todesfälle nahezu ausschließen - ist es richtig und notwendig, die Impfungen voranzutreiben; das ist ein Befund und keine Prognose.

Aber, meine Damen und Herren, das ist die eine Erkenntnis, die wir gewinnen. Das andere ist die Tatsache, dass die Grundrechte trotzdem für alle gelten. Und die gesellschaftliche Teilhabe für alle ist ein Wert für alle, und deswegen sind weitere Einschränkungen aus unserer Sicht nicht hinnehmbar. Wir erleben jetzt schon, dass Ungeimpfte erhebliche berufliche Einschränkungen erfahren und zumindest sprachlich in bestimmten Situationen ausgegrenzt werden und ihnen die Teilhabe an bestimmten Dienstleistungen, an bestimmten gesellschaftlichen Vorgängen verwehrt wird. Und ja, das erschüttert unser Grundverständnis.

Meine Damen und Herren, da heißt es immer: Ja, es ist aber unvernünftig, was die machen. - Vernunft und Unvernunft sind keine juristischen Kategorien, und wir bewegen uns hier in einem juristisch sehr, sehr sensiblen Bereich. Es mag unvernünftig sein, aber auch Unvernünftige dürfen einen Weihnachtsbaum kaufen; das war schon immer so.

Und die Politik selbst hat sich in den letzten zwei Jahren regelmäßig - ständig! - widersprochen, mein Vorredner hat es auch gesagt: Es gab Änderungen in der Meinung, in der Betrachtung, auch bei Experten. Alle Parteien, auch wir, haben sich mindestens einmal widersprochen oder den Kurs korrigiert, verändert. Jeder hat das getan. Es gab in der Pandemie ständig neue Einschätzungen, und das ist auch normal, das ist kein Vorwurf. Nur kann man es doch Leuten in dieser diffusen Situation mit ständigen Meinungsumschwüngen, Analyseumschwüngen nicht verübeln, wenn sie etwas zögerlicher sind als andere. Genau deswegen ist es besser, zu überzeugen - zu überzeugen mit Zahlen.

Da heißt es immer: Ja, wie können wir jetzt noch überzeugen? - Natürlich können wir das. Wir haben jetzt eine Zeit hinter uns, nach der man dokumentieren und mathematisch darlegen kann, dass Impfungen vor schweren Verläufen, vor Todesfällen schützen; das kann man den Menschen jetzt präsentieren. Man kann jetzt, nach weltweit achteinhalb Milliarden gesetzten Impfungen, auch darlegen, dass es eben in sehr, sehr, sehr seltenen Fällen zu Nebenwirkungen kommt. Genau das kann man jetzt präsentieren, genau das kann man aufzeigen. Damit kann man argumentieren, anstatt Menschen zu etwas zu zwingen oder sie schlechtzumachen.

Meine Damen und Herren, es war immer gesellschaftlicher Konsens, Minderheiten nicht auszugrenzen, und die wirtschaftlichen Folgen sind enorm. Die Gastronomie beklagt das, weil dann eben nicht nur die Ungeimpften wegbleiben, sondern auch gemischte Gruppen von Geimpften und Ungeimpften nicht in die Gaststätten gehen. Wir erleben Einnahmeeinbrüche von bis zu 50 %.

Die sozialen Folgen dieser Debatten, dieser Auseinandersetzungen sind doch klar, und auch psychologische Folgen bleiben nicht aus. Und da habe ich kein Verständnis, wenn Kanzler Scholz sagt: Es liegt keine Spaltung der Gesellschaft vor, denn es ist ja eine Minderheit. - Meine Damen und Herren, es sind

15 Millionen Menschen, und das sind nicht alles Impfgegner, Verschwörungstheoretiker. Genau deswegen ist der Umgang in dieser Form nicht fair und schon gar nicht angemessen.

Und deswegen, meine Damen und Herren - die Diskussion ist nun omnipräsent -, möchte ich hier auch etwas zu der Debatte über die Impfpflicht sagen: Wir als BVB / FREIE WÄHLER möchten deutlich machen, dass wir eine allgemeine Impfpflicht ablehnen. Ehrlich gesagt finde ich die Diskussion, die dazu läuft, auch recht unehrlich. Würden heute alle Ungeimpften kommen und sagen „Okay, komm, wir lassen uns impfen“, würden wir sehen: Die Kapazitäten sind überhaupt nicht vorhanden, um sie in einer Geschwindigkeit zu impfen, mit der man die vierte Welle brechen könnte. Wir haben nicht einmal die Kapazitäten, um den Älteren in der nötigen Geschwindigkeit die erforderliche Drittimpfung zu verabreichen. In einer solchen Situation, in der die Kapazitäten überhaupt nicht vorhanden sind - das Problem ist nicht brandenburgspezifisch, aber auch hier vorhanden -, ist es nicht ehrlich, zu sagen, es scheitere an deren mangelndem Willen.

Meine Damen und Herren, die Politik hat immer betont, dass es keine Impfpflicht geben wird. Noch Anfang November, vor einem Monat, war auf den Seiten der Bundesregierung auf Platz eins der FAQs zu lesen, es handele sich um Fake News und eine Verschwörungstheorie, wenn behauptet würde, es werde in Deutschland eine Impfpflicht eingeführt. - Auf den Webseiten der Bundesregierung! Vertreter aller Parteien haben letztes und dieses Jahr immer wieder betont: Es wird keine Impfpflicht geben. - Und daran muss man sich messen lassen.

Nun kenne ich die Erklärungen, die kommen: Na ja, das war ja für die Gegenwart gesagt, nicht mit Wirkung für die Zukunft. - Nein, nein, das war mit Wirkung für die Zukunft so gesagt worden. Denn, es hätte ja keinen Sinn gemacht, es für die Gegenwart zu sagen, weil es in der Gegenwart einfach eine Zustandsbeschreibung ist, das muss man keinem versprechen.

Dann gibt es die Erklärung, die ich von immer mehr Politikerinnen und Politikern höre, die sagen: Ja, das haben wir zwar gesagt, aber nur unter der Bedingung, dass sich Menschen impfen lassen. - Nein, das war auch nicht so gesagt worden, das war bedingungslos gesagt worden. Denn die Aussage, Impfpflicht kommt nur dann nicht, wenn ihr euch impfen lasst, wäre ein Zirkelschluss, und deswegen, meine Damen und Herren: Es wurde ohne Bedingung mit Wirkung für die Zukunft zugesagt.

Wenn ich dann in seriösen Tageszeitungen in Deutschland und auch in Österreich lese, na ja, es gibt ja auch andere Länder, in denen die Impfpflicht schon in Kraft ist, Mikronesien, Tadschikistan, Turkmenistan - das wird dort ernsthaft als Beispiel gebracht -, meine Damen und Herren, ist das nicht unser Maßstab, an dem wir uns orientieren wollen. Unser Maßstab ist, dass es uns eben nicht zusteht, über andere den Stab zu brechen, dass es uns nicht zusteht, öffentlich darüber zu diskutieren oder zu urteilen, ob sich jemand aus lauterer oder unlauteren Motiven impfen lässt oder nicht impfen lässt. Gemachte Zusagen von Spitzenpolitikern müssen stehen; und man darf nicht in Diskussionen abgleiten, wie wir sie letzte Woche gehört haben: Gesundheitsminister Lauterbach sagt: Ja, Impfpflicht - aber es kommt ja niemand ins Gefängnis. - Oder Ministerpräsident Tobias Hans, Saarland - beim ZDF letzte Woche:

„Es ist wichtig, dass man eine klare Botschaft sendet den Ungeimpften: Ihr seid jetzt raus aus dem gesellschaftlichen Leben!“

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Was sind das für Debatten? So überzeugt man doch keine Menschen, sondern man riskiert, dass man sie an undemokratische Strukturen verliert - und genau das wollen und müssen wir doch verhindern!

Wir halten es mit der bestehenden Rechtslage, nämlich keine allgemeine Impfpflicht zu verhängen und damit auch keine weitere Spaltung der Gesellschaft zuzulassen. Denn die Teilhabe auch der Minderheit, auch wenn es nerven mag, ist Teil einer zivilisatorischen Errungenschaft, die es auch zu schützen gilt. Und ich möchte deutlich sagen, dass die Forderung nach Beibehaltung der geltenden Rechtslage - das ist unsere Position - wahrlich keine exotische Position darstellt.

Es ist immer Aufgabe der Politik, nach milderem Mitteln zu suchen und größtmögliche Freiheit zu erhalten. Danach sollten wir streben. Daher Ja zur Ausweitung von Impf- und Testkapazitäten, Ja zum Überzeugen und zum Argumentieren mit Erfahrungswerten, die jetzt vorliegen, statt mit Pflicht oder Zwang.

Nun mag das anstrengender sein und ich will das auch anerkennen, aber das ist die Pflicht der Politik, wie wir sie verstehen. Daher, meine Damen und Herren, sollte Politik so arbeiten, so Entscheidungen treffen und vor allem auch so reden, dass das Weihnachtsfest für alle zu einem Fest wird, das es verheißt: nämlich ein Fest der Nächstenliebe, des Miteinanders mit Hoffnung für die Zukunft - und das für jeden von uns. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank. - Frau Abgeordnete Petra Budke spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte.

Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete! Liebe Zuschauende! Gestern haben wir den dritten Advent gefeiert. Das zweite Corona-Weihnachten steht vor der Tür. Schon viel zu lange leben wir mit der Pandemie, und sie wird dazu genutzt, unser Land zu spalten. Das hat uns die AfD heute in dieser Sondersitzung mal wieder auf ganz abscheuliche Art und Weise vorgeführt. Denn auch Sie, Frau Bessin, setzen wie Ihr Fraktionsvorsitzender Berndt und Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer Hohloch, die ja heute coronabedingt nicht da sein können, weiter auf Ihre alte Masche: Corona leugnen, Schutzmaßnahmen ignorieren, Impfen verteufeln. Dazu passt, dass Sie mit falschen Fakten argumentieren. Sie behaupten, die Belegung von Intensivbetten sei seit Wochen konstant. - Stimmt nicht! 28.11.: 138 Betten.

(Zurufe)

Das steht in dem Antrag, den Sie heute hier vorgelegt haben. 28.11.: 138 Menschen auf den Intensivstationen, 12.12.: 200.

Sie behaupten, die Zahl von Covid-19-Patientinnen und -patienten sei rückläufig. Das stimmt nicht. Sie schwankt leicht, aber auf sehr hohem Niveau. Von stetigem Sinken kann überhaupt keine Rede sein.

Besonders bizarr ist die Behauptung, mit der Ausbreitung von Omikron würde die Covid-19-Hospitalisierungsrate weiter sinken. Wie kommen Sie denn darauf? Dafür gibt es überhaupt gar

keine Belege. Laut Prof. Drosten - Interview im „Tagesspiegel“ - ist aufgrund der schnellen Verbreitung von Omikron zwar mit leichteren Verläufen, aber einer höheren Belastung der Krankenhäuser zu rechnen.

Und was bitte sollen diese Mahnwachen, die Sie aktuell hier vor dem Landtag veranstalten? Die sollten Sie lieber für all die Corona-Toten in Deutschland und in der ganzen Welt abhalten - und für all die Menschen, die in den Krankenhäusern und auf den Intensivstationen liegen und dort um ihr Leben kämpfen. Die brauchen doch unsere Anteilnahme.

Was an Orten wie Grimma in Sachsen passiert, erinnert an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte. Das hat mit Meinungsfreiheit überhaupt nichts mehr zu tun! Fackelzüge vor dem Privathaus der Gesundheitsministerin Petra Köpping und Morddrohungen gegen den Ministerpräsidenten Michael Kretschmer: Das überschreitet alle Grenzen. Das ist - es lässt sich leider nicht mehr anders bezeichnen - faschistoid.

Allen, die hier in Brandenburg Ähnliches planen, beispielsweise in Falkensee, wo es in der letzten Woche auch besorgniserregende Demonstrationen gab, sei gesagt: Das werden wir als Zivilgesellschaft nicht hinnehmen! Das wird harte rechtsstaatliche Konsequenzen haben!

(Zuruf: Gegen Demonstrationen?!)

Denn wir sind in einer Krise. Jetzt ist Zusammenhalt gefordert - und Solidarität, nicht Hass.

Die aktuelle Corona-Lage in Brandenburg gibt nach wie vor Anlass zur Sorge. Die Inzidenzwerte sind immer noch erschreckend hoch. Wir gehören zu den am stärksten von Corona betroffenen Bundesländern. Inzwischen ist auch der erste Omikron-Fall aufgetreten. Besonders in den südlichen Landkreisen ist die Situation alarmierend.

Die Lage in den Brandenburger Kliniken ist brisant. Die Warnampel für die Belastung der Intensivstationen hat den kritischen Warnwert erreicht und steht auf Rot. Einige Kliniken, wie das CTK in Cottbus, müssen planbare Operationen bereits verschieben. Wir haben auch gehört: Im Rahmen des Kleeblatt-Programms fanden im Süden Brandenburgs auch schon Verlegungen von Patientinnen und Patienten nach Berlin oder Nordrhein-Westfalen statt. Diese Überlastung betrifft nicht nur die Betten. Sie betrifft noch viel mehr die Menschen, die in den Krankenhäusern ihren Dienst tun: die Pflegerinnen und Pfleger sowie die Ärztinnen und Ärzte. Die sind am Limit! Da können und dürfen wir nicht weiter zuschauen.

Wir sind jetzt mitten in der vierten Welle. Insgesamt scheint sich - wohl auch aufgrund der Maßnahmen - die Lage gerade ein bisschen zu stabilisieren. Das ist erfreulich. Wir müssen weiter alles daran setzen, diese vierte Welle zu brechen. Was die Gefahr der fünften Welle betrifft - möglicherweise ausgelöst durch Omikron -, so müssen wir jetzt alles tun, um vor die Welle zu kommen.

Bundestag und Bundesrat haben am Freitag Änderungen am Infektionsschutzgesetz beschlossen, nachdem die epidemische Notlage ausgelaufen ist. Damit ebnen sie den Weg für weiterreichende Maßnahmen der Länder. Brandenburg hat ja bereits vergleichsweise strenge Eindämmungsmaßnahmen. Um sie in ihrer jetzigen Form fortführen bzw. nachschärfen zu können, ist das

Ausrufen der epidemischen Notlage auf Landesebene notwendig. Deshalb kommen wir ja auch heute hier in dieser Sondersitzung zusammen.

Die letzten Eindämmungsverordnungen traten am 15. bzw. 25. November in Kraft. 2G - geimpft oder genesen - gilt in der Gastronomie, im Hotelgewerbe, in Freizeiteinrichtungen, bei körpernahen Dienstleistungen und beim Sport.

3G - geimpft, genesen oder getestet - ist nur noch im ÖPNV, in Bildungseinrichtungen und am Arbeitsplatz erlaubt. Ungetestet und ungeimpft sind Kontakte nur noch im privaten Bereich sowie - mit Maske - im Supermarkt und in Arztpraxen möglich.

In den sogenannten Hotspots, also dort, wo die Sieben-Tage-Inzidenz über 750 klettert, gibt es darüber hinaus weitere Einschränkungen. So gilt dort beispielsweise von 22 bis 6 Uhr eine Ausgangssperre für Ungeimpfte.

Mit der neuen Eindämmungsverordnung sollen nun weitere Schritte folgen, zum Beispiel die Schließung von Clubs und Bars, die Begrenzung der Teilnehmerzahlen bei Veranstaltungen, die Möglichkeit einer 2G-Regelung für Universitäten und die Senkung der „Hotspot“-Grenze auf eine Sieben-Tage-Inzidenz von 350.

Nicht mehr geplant - darauf möchte ich hier ausdrücklich hinweisen - sind generelle Kita- und Schulschließungen. Kinder und Jugendliche haben in der Pandemie bereits genug gelitten. Und es ist mehr als klar geworden, dass sie für ihre Entwicklung und ihre psychische Gesundheit Bildungsangebote und soziale Kontakte brauchen. Wir möchten Kitas und Schulen so lange wie möglich als offene und sichere Orte erhalten - mit Abstands- und Hygieneregeln und regelmäßigen Tests.

Die Impfkampagne hat deutlich an Fahrt gewonnen. 33 mobile Impfteams, 44 Impfstellen - mit und ohne Termine - und auch wieder das überregionale Impfzentrum in der Metropolis-Halle sind aktiv. Damit erfüllt Brandenburg das auf dem Impfgipfel gesteckte Ziel von 160 000 Impfungen pro Woche.

Die Gesetzesänderung im Bund eröffnet auch Spielräume für mehr Ärztinnen und Ärzte in den Impfstellen: Auch Zahnärztinnen und -ärzte, Tierärztinnen und -ärzte sowie Apothekerinnen und Apotheker dürfen nun den schützenden Piks verabreichen. Das hilft dabei, dass möglichst viele Menschen möglichst schnell die erste, zweite oder dritte Impfung erhalten können.

Und die Auslieferung des Kinderimpfstoffs für Fünf- bis Elfjährige ist für den heutigen Tag zugesagt. Kinder- und Jugendmedizinerinnen und -mediziner im ganzen Land bereiten sich auf die Impfungen vor. Allen Beteiligten, die in diesen Tagen mit Sonderaktionen und Überstunden statt beschaulicher Adventszeit ihren Beitrag zur Erhöhung der Impfquote leisten, möchte ich hier ausdrücklich danken!

Mit den Änderungen am Infektionsschutzgesetz wurde nun auch die einrichtungsbezogene Impfpflicht beschlossen. Sie soll ab dem 15. März dort gelten, wo besonders gefährdete Menschen zusammenkommen: in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und in Arztpraxen. Das hilft uns im Augenblick - dabei, die vierte Welle zu brechen - nicht. Es ist aber für die weitere Bekämpfung der Pandemie - Stichwort Omikron - ein wichtiger Schritt.

Zu Recht gab und gibt es über die Impfpflicht eine heftige Diskussion. Diese werden wir auch weiter führen müssen. Leider ist das in der aufgeheizten Stimmung hier im Landtag nicht auf differenzierte Art und Weise möglich. Die Einführung einer Impfpflicht ist kein leichtfertiger Schritt. Doch die Welt ändert sich, und die Politik ist in der Verantwortung, darauf zu reagieren und Entscheidungen zu treffen. Und eins ist klar: Es gibt keine Freiheit ohne Verantwortung. Die Freiheit der oder des Einzelnen endet da, wo sie die Freiheit Anderer unverhältnismäßig einschränkt.

Ich sage ganz deutlich: Ich persönlich möchte nicht dauerhaft mit Lockdowns und Einschränkungen im gesellschaftlichen Leben - mit all den gravierenden Folgen - leben müssen. Deshalb finde ich es richtig, die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht sehr genau zu prüfen und abzuwägen. Es geht dabei auch darum, Ungeimpfte vor einer schweren Erkrankung zu schützen.

Lassen Sie mich an den Anfang zurückkehren: Gestern war der dritte Advent, Weihnachten steht vor der Tür. Ich wünsche Ihnen allen, dass Sie Weihnachten in diesem Jahr mit Ihren Liebsten feiern können. Ich wünsche Ihnen auch, dass Sie es sicher und geschützt tun können. Deshalb noch einmal mein eindringlicher Appell: Halten Sie sich an die Schutzmaßnahmen und - vor allem - lassen Sie sich impfen! - Danke schön.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Debatte und kommen zu den Abstimmungen. Zuerst lasse ich über den Antrag der Koalitionsfraktion mit dem Titel „Feststellung der Anwendbarkeit des § 28a Absatz 1 bis 6 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) für das Land Brandenburg nach § 28a Absatz 8 Satz 1 IfSG“ auf Drucksache 7/4634 abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe, bitte! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich - es gab Enthaltungen - angenommen.

Ich komme zum Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit dem Titel „Die vierte Welle der Corona-Pandemie bewältigen: Impfen und Testen intensivieren, wirtschaftliche Schäden mildern“ auf Drucksache 7/4705. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe, bitte! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich - es gab keine Enthaltungen - abgelehnt.

Ich komme zum Entschließungsantrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Keine Willkür bei epidemischen Notstandsvollmachten - Freiheitsrechte verteidigen“ auf Drucksache 7/4708. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe, bitte! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich - es gab keine Enthaltungen - abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich bei Ihnen dafür, dass Sie sich heute alle haben testen lassen, alle mit Masken hierhergekommen sind; das trägt zur Sicherheit unserer Sitzungen diese Woche bei.

Gestatten Sie mir noch den Hinweis auf das Kondolenzbuch zum Tode von Dr. Herbert Knoblich, in dem Sie Ihr Beileid ausdrücken können.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt und beende die 57. Plenarsitzung. Vielen Dank.

Ende der Sitzung: 12.02 Uhr

Anlagen**Gefasster Beschluss¹****Feststellung der Anwendbarkeit des § 28a Absatz 1 bis 6 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) für das Land Brandenburg nach § 28a Absatz 8 Satz 1 IfSG**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 57. Sitzung am 13. Dezember 2021 zum TOP 1 folgenden Beschluss gefasst:

- „1. Der Landtag stellt nach § 28a Absatz 8 Satz 1 IfSG für das Land Brandenburg eine konkrete Gefahr der epidemischen Ausbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) fest.
2. Der Landtag stellt nach § 28a Absatz 8 Satz 1 IfSG die Anwendbarkeit des § 28a Absatz 1 bis 6 IfSG für das Land Brandenburg fest.
3. Die Präsidentin des Landtages wird gebeten, den Beschluss im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil I elektronisch bekannt zu machen.“

¹ Die Beschlüsse werden im unveränderten Wortlaut wiedergegeben.

Anwesenheitsliste

Frau Abg. Augustin (CDU)	Frau Abg. Prof. Dr. Liedtke (SPD)
Herr Abg. Barthel (SPD)	Frau Abg. Dr. Ludwig (CDU)
Frau Abg. Barthel (AfD)	Herr Abg. Lüttmann (SPD)
Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)	Herr Abg. Möller (AfD)
Frau Abg. Bessin (AfD)	Herr Abg. Münschke (AfD)
Frau Abg. Block (DIE LINKE)	Frau Abg. Muxel (AfD)
Herr Abg. Bommert (CDU)	Herr Abg. Noack (SPD)
Herr Abg. Bretz (CDU)	Herr Abg. Nothing (AfD)
Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE)	Herr Abg. Philipp (SPD)
Frau Abg. Ricarda Budke (B90/GRÜNE)	Frau Abg. Poschmann (SPD)
Herr Abg. Büttner (DIE LINKE)	Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Domres (DIE LINKE)	Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)
Herr Abg. Drenke (AfD)	Frau Abg. Richstein (CDU)
Herr Abg. Eichelbaum (CDU)	Herr Abg. Roick (SPD)
Herr Abg. Funke (SPD)	Herr Abg. Rostock (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Galau (AfD)	Herr Abg. Rüter (SPD)
Herr Abg. von Gizycki (B90/GRÜNE)	Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Gossmann-Reetz (SPD)	Herr Abg. Schaller (CDU)
Herr Abg. Günther (AfD)	Herr Abg. Scheetz (SPD)
Frau Abg. Hiekel (B90/GRÜNE)	Frau Abg. Schier (CDU)
Frau Abg. Hildebrandt (SPD)	Frau Abg. Schwarzenberg (DIE LINKE)
Frau Abg. Johlige (DIE LINKE)	Herr Abg. Senftleben (CDU)
Herr Abg. John (AfD)	Frau Abg. Spring-Räumschüssel (AfD)
Herr Abg. Kalbitz (AfD)	Herr Abg. Stefke (BVB/FW)
Herr Abg. Keller (SPD)	Herr Abg. Stohn (SPD)
Herr Abg. Klemp (B90/GRÜNE)	Herr Abg. Teichner (AfD)
Frau Abg. Kniestedt (B90/GRÜNE)	Frau Abg. Vandre (DIE LINKE)
Frau Abg. Kornmesser (SPD)	Herr Abg. Vida (BVB/FW)
Frau Abg. Kotré	Herr Abg. Vogelsänger (SPD)
Herr Abg. Kretschmer (DIE LINKE)	Herr Abg. Walter (DIE LINKE)
Herr Abg. Kubitzki (AfD)	Frau Abg. Walter-Mundt (CDU)
Herr Abg. Lakenmacher (CDU)	Frau Abg. Wernicke (BVB/FW)
Frau Abg. Lange (SPD)	Herr Abg. Wernitz (SPD)
	Herr Abg. Wiese (AfD)
	Herr Abg. Dr. Woidke (SPD)